



SPD-Bezirk Hannover
18. Juni 2011 | Hameln

Starke Kommunen – Starkes Land!

Rechenschaftsbericht zum Bezirksparteitag

Impressum

Herausgeber

SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Verantwortlich

Hansjörg Schell

Gestaltung

Christoph Matterne

Redaktion

Andreas Kröpelin
Christoph Matterne
Marion Röchert
Marga Süsselbeck
Kathrin Welke

Druck

Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

Internet

www.spd-bezirk-hannover.de

Telefon

(05 11) 16 74-27 5

Telefax

(05 11) 13 17 57 7

E-Mail

info@spd-bezirk-hannover.de

Hinweis

Zum Redaktionsschluss Ende Mai lagen die Berichte einiger Arbeitsgemeinschaften noch nicht vor. Diese werden auf dem Bezirksparteitag als Tischvorlage nachgereicht.

Inhaltsverzeichnis

Politischer Bericht

Zum Geleit von Stefan Schostok MdL	6
Politischer Bericht des Bezirksvorstandes	7
Mitglieder des Bezirksvorstandes	11
Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes	12
Mitglieder des Bezirksbeirates	15
Tätigkeitsbericht des Bezirksbeirates	16
Schiedskommission des Bezirks	17
Bildungskommission	18

Finanzen

Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2009 / 2010	20
Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2009	24
Vermögensbilanz 2009	25
Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2010	26
Vermögensbilanz 2010	27
Revisionsbericht	28

Die aktive Partei

AG Selbstständige in der SPD	30
AG für Arbeitnehmerfragen (AfA)	33
AG sozialdemokratischer Frauen (AsF)	35
AG 60 plus	36
AG der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	38
Arbeitskreis „Tierschutz“	39
Gesprächskreis „SPD und Kirche“	40
Netzwerk „Selbst Aktiv“ – Behinderte Menschen in der SPD	41
Bernd Lange MdEP	42

Serviceteil

Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Gedenken an die Verstorbenen	4
Angebot zur Kommunalwahl printBOX	13
Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover	46
Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken	47
Mitgliederentwicklung 1997 bis 2008	48
Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover	49
Historisches Aus dem Jahresbericht 1947	51
Telefonverzeichnis Kurt-Schumacher-Haus	52
Namensverzeichnis	54

Gedenken an die Verstorbenen



„Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Welt.“

So beginnt unser Berliner Programm. Als Mitstreiter im Kampf für eine bessere Gesellschaft haben wir in den letzten zwei Jahren durch Tod über 1.000 Genossinnen und Genossen verloren.

Viele waren über einen sehr langen Zeitraum Mitglied unserer Partei, einige hatten wichtige Funktionen oder Mandate. Jeder hat für unsere Ziele gestritten.

Den Verstorbenen gilt unser Dank für ihr Wirken zum Wohle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unterbezirk Diepholz

Günther Buschmann, Diepholz
Heiko Flecke, Syke
Dr. Franz Hartmann, Weyhe
Rosemarie Mende, Barnstorf

Unterbezirk Göttingen

Adelheid Bruns, Gleichen
Klaus Peter Bruns, Gleichen
Rüdiger Franz, Geismar
Emmi Gleinig, Göttingen-Ost
Elinor Lange, Bovenden
Irene Welle, Duderstadt
Hermann Schierwater, Göttingen-Nordost

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Georg Exner, Aerzen
Karl Heißmeyer, Emmerthal
Günter Scheffler, Hameln
Ursula Wilhelms, Hameln

Unterbezirk Region Hannover

Hildegard Behnsen, Ricklingen
Ernst Busch, Seelze
Kurt Butzmann, Südstadt-Bult
Hermann Deppe, Bothfeld

Rainer Folta, Hannover-Mitte

Sajero Gloger, Bothfeld
Heinz Gremmler, Linden-Limmer
Hiltrud Grote, Linden-Limmer
Elfriede Hausherr, Döhren-Wülfel
Erich König, List-Nord
Lothar Krowas, Ricklingen
Annelie Litten, Hannover-West
Manfred Menzel, Südstadt-Bult
Margarete Meyer, Linden-Limmer
Maila Muehlberger, Südstadt-Bult
Eberhard Schlesies, Langenhagen
Joachim (Jochen) Schröder, List-Süd
Rolf Sprenz, Döhren-Wülfel
Willi Stolzenwald, Herrenhausen-Stöcken
Fritz Voges, Lehrte
Gunter Wanning, Ricklingen
Lisa Warnecke, Herrenhausen-Stöcken

Unterbezirk Hildesheim

Gerda Greinke, Gronau
Helmut Hunze, Oststadt Achtum Einum
Lothar Löffler, Alfeld
Adolf Oelker, Despetal
Gerd Steinauer, Sarstedt

Gedenken an die Verstorbenen

Unterbezirk Landkreis Harburg

Else Duewell, Seevetal
 Dieter Hoppe, Buchholz
 Marion Luckow, Stelle
 Wilhelm Roggenkamp, Seevetal
 Frieda Schröder, Winsen (Frieda war seit
 1928 Mitglied der SPD)
 Edmund Tumschat, Seevetal
 Rudi Zipser, Tostedt

Unterbezirk Landkreis Holzminden

Herbert Blume, Stadtoldendorf
 Manfred Ebeling, Lenne
 Willi Henne, Eimen
 Adolf Keime, Heinade
 Fritz Lenke, Eschershausen
 Alfred Mex, Holzminden
 Gerhard Prozuk, Bevern
 Werner Reifenstein, Holzminden
 Heinz Roloff, Holzminden
 Friedrich Rorig, Holzminden
 Hans Schürzeberg, Holzminden
 Karl Schütte, Holzminden
 Emmerich von Beöczy, Halle

Unterbezirk Lüneburg

Niko Fenselau, Ostheide
 Rupert Habel, Ostheide
 Holger Knobelsdorf, Scharnebeck
 Horst Komoss, Ostheide
 Herbert Michelsen, Bardowick
 Ernst Tipke, Bleckede
 Hans Turau, Lüneburg

Unterbezirk Nienburg

Helmut Albe, Liebenau
 Rudolf Finze, Uchte
 Gerhard Jork, Leese
 Elfriede Meyer, Nienburg
 Ruth Sieling, Linsburg
 Enno Wegner, Haßbergen

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Karl Ahrens, Hillerse
 Albert Brüning, Altes Amt

Erich Dräger, Nörten-Hardenberg
 Horst Eggert, Imbshausen
 Otto Figge, Verliehausen
 Peter Fröhlich, Northeim-Nord
 Helmut Heise, Suterode/Wachenhausen
 Fritz Kippenberg, Einbeck-Leinetal
 Günter Kopetzki, Hettensen
 Ernst Küchemann, Einbeck-Ahlsburg
 Hermann Lampe, Hilwartshausen
 Guenter Lange, Northeim-Nord
 Albert Möhle, Dassensen/Ilmetal
 Berta Muhs, Bad Gandersheim
 Horst Müller, Altes Amt
 Karl Rodemann, Sudheim-Bühle
 Helga Rössing, Einbeck-Kernstadt
 Erich Rzany, Einbeck-Kernstadt
 Elisabeth Sattelmeier, Ellierode
 Wilhelm Schmidt, Lindau
 Rudi Schulze, Uslar
 Helmut Severitt, Einbeck-Leinetal
 Albert Tegeler, Northeim-Süd
 Fred Wunderlich, Einbeck-Kernstadt
 Konrad Zagonska, Katlenburg

Unterbezirk Schaumburg

Karl Büte, Nienstädt
 Helmut Garbe, Lauenau
 Lina Meyer, Stadthagen
 Anna Schäfer, Lindhorst
 Fritz Schröder, Nienstädt
 Walter Warnecke, Obernkirchen
 Elisabeth Wehmeier, Niedernwöhren

Unterbezirk Uelzen-Lüchow/Dannenberg

Hans-Joachim Fredersdorf, Lüchow
 Hanno Loss, Lüchow
 Werner Netzel, Uelzen
 Harald Schulz, Dannenberg

Die hier genannten stehen stellvertretend für die im Berichtszeitraum von Oktober 2009 bis Mai 2011 in unseren Unterbezirken verstorbenen Genossinnen und Genossen.

Zum Geleit | Bezirksvorsitzender *Stefan Schostok Mdl*

Das Jahr 2011 ist für die SPD im Bezirk Hannover die große Chance, den Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen zu zeigen, dass ein Politikwechsel und damit die Abwahl von „Schwarz-Gelb“ in Land und Bund erforderlich ist. Wir sind nach 1986 wieder in einer vergleichbaren Position. Die politische Ausgangslage und die damit verbundenen inhaltlichen Herausforderungen sind natürlich andere. Nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellen sich die strukturellen kommunalen Haushaltsprobleme noch gravierender dar. Dass Landes- und Bundesregierung allerdings immer noch zu Lasten der Kommunen und ihrer Handlungsfähigkeit Politik machen und gleichzeitig wichtigste Zukunftsfragen in frühkindlicher Bildung, Schulen und Hochschulen schleifen lassen, zeigt uns die große politische Bedeutung der **Kommunalwahlen im September 2011**. Diese Wahl müssen wir zu einem Signal für einen politischen Wechsel und eine damit verbundene Stärkung der Kommunen machen.

Fast jedes zur Zeit anstehende Thema der Landes- und Bundespolitik hat eine große Bedeutung für die kommunale Selbstverwaltung und die Lebensbedingungen. Die **Energiewende** schafft Möglichkeiten, jetzt die notwendigen Änderungen der Wettbewerbsbedingungen zwischen den großen Energieversorgern und den Stadtwerken durchzusetzen.

Die Bildungspolitik der Landesregierung ist gescheitert. Ihr Konzept der krampfhaften Aufrechterhaltung des gegliederten Schulsystems entspricht nicht den Bedürfnissen und Potenzialen der Kinder. Die kommunalen Schulträger brauchen auch mehr flexible Möglichkeiten ihre Schulentwicklungsplanung angesichts der demographischen und bildungspolitischen Herausforderungen zu gestalten. Eine entsprechende Bil-

dungsfinanzierung ist durch Land und Bund mit sicher zu stellen. Über allem steht die Streitfrage, wie viel Staat wir brauchen, um das Gemeinwesen aufrecht zu erhalten und immer auch Impulse für seine Weiterentwicklung geben zu können.

Dass Privatisierung von Daseinsvorsorge kein Konzept ist und das Gemeinwesen gefährdet, hat die Finanzmarktkrise deutlich gezeigt. Deshalb verstehen wir als Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten diese Kommunalwahl auch als eine Auseinandersetzung um den richtigen politischen Weg in die Zukunft.

Wir wollen mehr Bildung als Konzept gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung und für die Lösung wichtiger Zukunftsfragen.

Wir treiben die Energiewende voran, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und gleichzeitig neue Beschäftigungsverhältnisse in Forschung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien für Handwerk und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu schaffen.

Vor allem streiten wir um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen und verhindern die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte darf nicht zu Lasten des kommunalen Gemeinwesens erfolgen. Die vielen tausend Kandidatinnen und Kandidaten, die mit ehrenamtlicher Kommunalpolitik das demokratische Gemeinwesen stärken, haben unsere Unterstützung!

Die Mitglieder der SPD setzen sich für die Sicherung und Stärkung der Kommunen ein!

Stefan Schostok

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Bundestagswahlergebnis

Am 27. September 2009 erreichte die SPD ein enttäuschendes Wahlergebnis:

Bund:	23,0 Prozent
Niedersachsen:	29,3 Prozent
Bezirk:	30,07 Prozent

Trotz hoher Verluste – Niedersachsen erlitt den höchsten Verlust aller Flächenländer – allerdings von einer sehr hohen Ausgangslage durch die Sonderkonjunktur „Gerhard Schröder“ 2005, erzielte die SPD in Niedersachsen das beste Wahlergebnis der Flächenländer und das zweitbeste Landesergebnis nach Bremen.

Bezirksparteitag 2009

Einen Monat nach dem diesem Ergebnis wurde der Bezirksparteitag durchgeführt und ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Im Mittelpunkt des Bezirksparteitages standen die Neuwahl des Vorsitzenden, die Verabschiedung des bisherigen Vorsitzenden Wolfgang Jüttner nach 16 Jahren und ein damit einhergehender Generationswechsel zu Stefan Schostok. Die Ehrung des langjährigen Vorsitzenden wurde durch Rolf Wernstedt in einer Laudatio und durch den neuen Bezirksvorsitzenden Stefan Schostok vorgenommen. Die Analyse des Wahlergebnisses der Bundestagswahl und die weiteren Maßnahmen zur Auswertung bestimmten neben der Antragsberatung den Verlauf des Parteitages.

Auswertung Bundestagswahl

Die Auswertung des Bundestagswahlergebnisses fand in einer großen Zahl von Sitzungen in den Unterbezirken, in den Bezirksvorstandssitzungen und in einer großen für alle interessierten Mitglieder und Funktionäre öffentlichen Auswertungskonferenz in der AWD-Arena statt. Dazu wurden auch als Referenten und Diskutanten Vertreter vie-

ler gesellschaftlicher Gruppen, Vereine und Verbände eingeladen und nahmen teil. In verschiedenen Workshops wurden die Ursachen des Wahlergebnisses ausgewertet, vor allem unser eigener Stellenwert, unsere Perspektiven und Arbeitsweise überprüft und formuliert.

Bundesparteitag in Dresden

Nach der verlorenen Wahl stand auch der Bundesparteitag im Zeichen eines Neuanfangs der SPD. Der bisherige Parteivorsitzende Franz Müntefering hatte erklärt, er werde nicht wieder kandidieren. Deshalb war im Vorfeld des Parteitages nicht nur die inhaltliche Ausrichtung, sondern auch die zukünftige personelle Aufstellung zu diskutieren.

Bereits vor dem Bezirksparteitag waren die ersten Weichen einer selbstkritischen Analyse in einem Gespräch mit Olaf Scholz bei der Bezirksführung: Vorstand, Abgeordnete und weitere Interessierte, gestellt. Der Vertrauensverlust in die Politik der SPD gründete sich auf mehreren Faktoren, z.B.: Erhöhung der Umsatzsteuer, nachdem im Wahlkampf eine geringere Erhöhung massiv bekämpft wurde, tatsächliche oder angenommene Folgen der „Hartz IV“-Gesetze, Rente mit 67, Angst vor dem sozialen Abstieg in der Mittelschicht, besonders aber mangelnde Kommunikation in der Gesellschaft, mangelhafte Einbindung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in den politischen Diskurs bei notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Der Bundesparteitag, diskutierte diese (u.a.) Fragen und mit der Rede des Parteivorsitzenden und den Debatten, an denen sich auch Delegierte aus dem Bezirk Hannover beteiligten, zeigte sich die SPD als selbstkritische aber auch selbstbewusste Partei. Der Bezirk Hannover war mit der Wahl von Edel-

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

gard Bulmahn und Wolfgang Jüttner in den Parteivorstand und mit Walter Meinhold in die Kontrollkommission erneut erfolgreich; aus Niedersachsen kommen auch der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, Garrelt Duin, Dietmar Hexel.

Parteireform in Niedersachsen, Landespartei, Landesparteitag

Der Auftrag aus dem vorhergehenden Landesparteitag, die Analyse der Parteisituation nach der letzten Landtagswahl und die Beschlüsse im Bezirk Hannover zur Struktur und Arbeit der Landespartei bestimmten die innerparteiliche Arbeit. Eine Strukturkommission auf Landesebene fasste erste Ergebnisse zusammen, die bereits zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den vier Bezirken und im Landesverband führten, z.B. in der Bildungsarbeit, im Bereich des Internetauftrittes (CMS) auf einer gemeinsamen Plattform etc. So waren bereits zwei Stellen für den Landesverband aus dem Personal des Bezirkes „gestellt“. Einen besonderen Beitrag zur Entwicklung eines einheitlichen Landesverbandes leistete der Bezirk Hannover, indem er, unter Beteiligung des Landesverbandes, mit der Gewerkschaft Ver.di einen Übergangs- und einen Sozialtarifvertrag abschloss, dem der Landesverband verabredungsgemäß beitrug. Diese Tarifverträge sollten den reibungslosen Übergang des Personals in einen Landesbezirk sicherstellen. Nach dem Bezirksparteitag sollte in einer Klausur des Landesverbandes im Januar 2010 der nächste Schritt zu einem Landesbezirk vorbereitet werden. Die Erklärung des Landesvorsitzenden Garrelt Duin, nicht erneut zu kandidieren führte zu einer völlig neuen Ausgangslage, die folgenden Debatten und Beschlüsse wiesen dann in Richtung einer vertieften, weiter zu entwickelnden Kooperation. Die Option Landesbezirk

blieb nur als längerfristige Perspektive. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Kommunikation und Organisation über ein Auswahlverfahren des Landesvorsitzenden ausgelöst. In zehn Regionalkonferenzen in denen ein (unverbindliches) Meinungsbild der Anwesenden erstellt wurde, sollte die Entscheidung des Landesparteitages vorbereitet werden. Dies führte zu erheblichen Anstrengungen, um den Mitgliedern die Möglichkeit zur Beteiligung, das Kennenlernen der Kandidaten und der Abgabe eines Votums zu ermöglichen. Innerhalb von vier Monaten mussten landesweit zehn Veranstaltungen konzipiert, vorbereitet und durchgeführt werden – ein erheblicher logistischer, personeller und finanzieller Aufwand. Nur drei der Veranstaltungen fanden im Bereich des Bezirkes Hannover statt.

Landesparteitag 2010 in Stade

Von zunächst vier Bewerberinnen und Bewerbern blieben im Verlauf der Kampagne drei bis zum Ende im Verfahren: Stefan Schostok, Bezirksvorsitzender Hannover, Monika Griefahn, UB Harburg, Olaf Lies, UB-Vorsitzender Friesland.

Auf dem Landesparteitag wurde Olaf Lies zum Vorsitzenden gewählt, Stefan Schostok wurde Stellvertretender Vorsitzender, ebenso wie Gabriele Lösekrug-Möller; als weitere Mitglieder wurden aus dem Bezirk Hannover gewählt: Frauke Heiligenstadt, Hauke Jagau, Matthias Miersch, Astrid Schlegel, Andrea Schröder-Ehlers, Uwe Schwarz, Ulrich Watermann.

Zeitnah erklärte Wolfgang Jüttner nicht wieder zum Fraktionsvorsitzenden zu kandidieren, Stefan Schostok wurde auf Vorschlag des Landesvorstandes in der Landtagsfraktion zum Vorsitzenden gewählt. Die weiteren Beschlüsse der Klausur des

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Landesvorstandes in Achim – auf dem Landesparteitag durch Beschluss bestätigt – brachten die Einrichtung einer Finanz- und Personalkommission, die seitdem für eine Abstimmung und Koordination der Finanzplanung und Personalentwicklung in den Bezirken und im Landesverband sorgen soll. Die Unterbezirke werden seither durch Wahl von Delegierten zum Landesparteirat direkter an der Willensbildung beteiligt. Die zukünftige Struktur der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften stand mehrfach auf der Tagesordnung und wurde in einem Gespräch mit den Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften und in vielen Diskussionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaftsgremien erörtert. Die Debatte und der Prozess der Beschlussumsetzung sind noch nicht abgeschlossen. In der Sache geht es darum, ob eine effektive Arbeit der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband **und** im Bezirk geleistet werden kann und notwendig ist.

Die Voraussetzungen sichern – Konsolidierung der Handlungsfähigkeit – Aktion Beitragssolidarität und Kommunikation mit den Gliederungen

Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2003, 2008 und der Bundestagswahl 2009 führten auch zu verminderten Einnahmen. Hinzu kam ein über mehrere Jahre anhaltender Rückgang der Mitgliederzahlen, der nicht mehr durch steigende Beiträge aufgefangen werden konnte. Schon in den Beratungen des Wirtschaftsplans 2009 war klar, dass zur langfristigen Sicherung der politischen Arbeitsfähigkeit einschneidende Maßnahmen ergriffen werden mussten. Ein Konzept für Beitragssolidarität musste entwickelt werden, eine gemeinsame Plattform mit den anderen Bezirken in Niedersachsen wurde gefunden – eine ad-hoc-

Kommission Beitragssolidarität mit Mitgliedern aller Gliederungsebenen entwickelte ein Konzept, die Unterbezirksvorsitzenden wurden einbezogen, Bezirksvorstand und Bezirksbeirat stimmten zu. In 13 Konferenzen in den Unterbezirken mit ca. 350 Ortsvereinsvorsitzenden und Kassierern, mit Anschreiben an alle Vorsitzenden und Kassierer, wurde eine große Kommunikationskaskade losgetreten. Nachdem die Ortsvereine die Möglichkeit der Freistellung von Mitgliedern genutzt hatten, wurden alle anderen Mitglieder angeschrieben und erhielten zusätzlich ein Informations-„Flugblatt“. Die Kommunikation mit mehreren Tausend Mitgliedern führte neben einer nicht gezählten Anzahl von Telefonaten zu umfangreichen Fax-Briefwechseln, intensiven E-Mail Austausch und persönlichen Gesprächen. Immer wurden auch die Fragen diskutiert:

- Was macht die Partei mit den Mitgliedsbeiträgen?
- Wie stellen wir die Partei für die Zukunft auf?
- Bleibt unser Unterbezirksbüro erhalten?
- Was ist eigentlich die Aufgabe der Partei?
- Was macht der Bezirk?
- Was tut mein Unterbezirk oder Ortsverein?

Fragen und Antworten, die weit über das engere Thema hinausgingen. Alleine diese Kommunikationskaskade und die vielen Gespräche über die Parteiaufgaben und die Parteiarbeit rechtfertigen diesen erheblichen Zeit- und Energieaufwand. Und auch die Konflikte die ausgetragen wurden sind notwendiger Bestandteil einer lebendigen innerparteilichen Kommunikation.

Der Dank für das solidarische Verhalten der Mitglieder richtet sich auch an die Abgeordneten aller Ebenen, die sich mit eigenen Anstrengungen bei den Beiträgen und den

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Sonderbeiträgen beteiligt haben. Und die Beschäftigten haben bei den Tarifverhandlungen ebenso ihre Solidarität bewiesen. Nicht nur der Verlauf der Aktion war ermutigend, gerade das sehr gute Ergebnis ist ein langfristiger Beitrag zur Sicherung der politischen Arbeit.

Weitere Informationen über die Hintergründe und Ergebnisse der Aktion Beitragssolidarität findet ihr auch im Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters Wolf Kutzer.

Strukturkommission im Bezirk

Seit 1996 arbeitet im Bezirk die Strukturkommission, die paritätisch vom Bezirk und durch den Betriebsrat besetzt ist. Sie begleitet den Strukturprozess, berät über personelle Entwicklungen und überprüft, ob die langfristig definierten Ziele der Strukturentwicklung beachtet werden – damit ist sie auch ein wichtiges Instrument des Interessenausgleiches zwischen der Partei als Arbeitgeber und den Beschäftigten. Sie hat im Verlauf der Jahre zu einem nicht konfliktfreien aber fairen Entwicklungsprozess beigetragen. Im Berichtszeitraum wurden zwei Betriebsvereinbarungen abgeschlossen mit der personelle Veränderungen begleitet wurden. Seit einigen Jahren ist Ulrich Wattermann Vorsitzender der Kommission.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte

Wie oben beschrieben haben aktuelle Ereignisse und viele organisationspolitische Themen den Alltag der Diskussionen im Bezirk bestimmt. Dadurch konnte teilweise das vorgenommene Arbeitsprogramm nicht verwirklicht werden.

Dennoch haben wichtige Themen weiter das Profil des Bezirkes geprägt. Die Bewertung der Ergebnisse der Bundestagswahl wurde über den Bundesparteitag hinaus in mehreren Debatten vertieft. In der landespolitischen Debatte standen sozial- und

gesundheitspolitische Fragen neben der Bildungspolitik im Vordergrund. Der Verbindung von Kommunal- und Landespolitik wurde durch Behandlung der Finanzlage der Kommunen und in der Diskussion über die Verzahnung von Europa-, Bundes-, Landespolitik nachgegangen. Z.B. wurden die Pflegekampagne der Landtagsfraktion und die Pflegekampagne des Parteivorstandes und ihre Umsetzung erörtert. Das Bündnis gegen das Sparpaket wurde vorgestellt und mit der Arbeit der Unterbezirke verknüpft. Zur „Rente mit 67“ wurde für den außerordentlichen Parteitag ein Antrag erarbeitet. Die Atompolitik wurde auch schon vor dem japanischen Atomunfall in Fukushima mehrfach diskutiert, und der Bezirk beteiligte sich finanziell, personell und organisatorisch sowohl an den Castoraktionen als auch an der Kettenreaktion.

In den letzten Monaten gab sich der Bezirksvorstand ein neues Arbeitsprogramm, in dem wichtige Themen im Hinblick auf eine Beschlussfassung auf dem Bezirks- und Bundesparteitag bearbeitet werden sollen:

- Die zukünftige Finanzierung des ÖPNV
- Die Zukunft der Kommunalfinanzen
- Bildung und berufliche Bildung in Niedersachsen
- Gesund und sicher leben – zur Pflegesituation in Niedersachsen
- Demokratie in Parteien, Politik und Gesellschaft.

Zu diesen Themen hat der Bezirksvorstand Arbeitsgruppen gebildet, die die Debatte auf dem Bezirksparteitag vorbereiten.

Mitglieder des Bezirksvorstandes

Die Delegierten des Bezirksparteitages wählten am 31. Oktober 2009 in Hannover folgenden Bezirksvorstand:

Vorsitzender

Schostok, Stefan*

stellv. Vorsitzende

Tonne-Jork, Elke*

Watermann, Ulrich*

Schatzmeister

Kutzer, Wolf*

weitere Mitglieder

Brinkmann, Markus

Franz, Ulf-Birger

Friedemann, Waltraud

Heiligenstadt, Frauke*

Husmann, Dr. Udo

Jagau, Hauke*

Klecha, Stephan

König, Uwe

Lesemann, Silke

Leuschner, Sigrid

Lösekrug-Möller, Gabriele*

Marks, Caren

Meier, Sylvia

Meinhold, Walter

von Pogrell, Annette

Rakowski, Andreas

Schlegel, Astrid*

Schmidt, Maximilian

Schröder-Ehlers, Andrea

Schwarz, Uwe

Weiß, Thomas

Schell, Hansjörg*; Ltd. Geschäftsführer

* = Mitglieder des geschäftsführenden Bezirksvorstandes

In seiner Funktion als leitender Bezirksgeschäftsführer gehört Hansjörg Schell dem Bezirksvorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.

Mitglieder des Vorstandes mit beratender Stimme

Zu den Sitzungen wurden mit beratender Stimme folgende GenossInnen eingeladen

Parteivorstand

Bulmahn, Edelgard

Jüttner, Wolfgang

Landesvorstand

Miersch, Matthias

Landesgeschäftsführer

Rüter, Michael

Europaabgeordneter

Lange, Bernd

Betriebsrat

Rinne, Christine

Schulze, Peter

AWO-Vertreter

Flitta, H. Joachim

Plaue, Axel

AsF

Haut, Regina

AGS

Hammer, Prof. Dr. Ulrich

AsJ

Friedrichs-Seidel, Miriam

Nicholls, Robert

AsG

Drabke, Wilhelm

AvS

Brandenburger, Maren

Freter, Wolfgang

Mitglieder des Bezirksvorstandes

Netzwerk Selbstaktiv

Finke, Karl
Harms, Thomas

6oplus

Stenzel, Horst

DGB Niedersachsen

Tölle, Hartmut

„Die Falken“

Engelskirchen, David

Jusos

Thoms, Sören (bis Januar 2010)
Grossmann, Isa Marie
(von Februar 2010 bis April 2010)
Brunkhorst, Daniel (seit April 2010)

RevisorInnen

Hojnatzki, Rolf

Geschäftsführer/innen

Kröpelin, Andreas
Matterne, Christoph
Süsselbeck, Marga

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

20. November 2009

- Kooptierung Arbeitsgemeinschaften etc.
- Bestellung des leitenden Geschäftsführers und der Stellvertreterin
- Vorbereitung der Wahl des geschäftsführenden Bezirksvorstandes
- Besetzung von Kommissionen
- Arbeitsgruppe Arbeitsprogramm – Aufgaben und personelle Zusammensetzung
- Auswertung des Bundesparteitages

12. Dezember 2009

- Wahl des geschäftsführenden Vorstandes
- Arbeitsprogramm
- Ergebnis der Arbeitsgruppen
- Aktuelles und Berichte

16. Januar 2010

- Politische Vorausschau 2010
- Strukturprozess in Niedersachsen
- Umsetzung des Arbeitsprogramms – drei Projektskizzen (aus der Bezirksvorstandssitzung vom 12. Dezember), überarbeitete Version

- Reform und Öffnung der Partei (Konzept Gabriele Lösekrug-Möller); Berichterstattung Gabriele Lösekrug-Möller
- Neue Ideen für die Parteiarbeit (Projektskizze Maximilian Schmidt, Elke Tonne-Jork)
- Berichte z. B. :
- Plenarwoche Dezember 2009
- Verschiedenes
 - Bildung der Gleichstellungskommission

5. Februar 2010

- Vorbereitung der Bezirksbeiratssitzung

20. Februar 2010

- Vorbereitung des Landesparteitages: Zeitplan, Vorbereitung Kandidatur, Bildung und Konzept der Foren
- Wahl der sechs Vertreter/innen des Bezirksvorstandes im Landesparteirat
- Arbeit der Fraktion, BE: Wolfgang Jüttner
- Verstärkte Verzahnung der Politik: EU-Bund-Land-Kommunen, BE: Bernd Lange
- Berichte

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

12. März 2010

- Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2010
- Bericht über die Regionalkonferenzen zur Vorstellung der Kandidaturen für den Landesvorsitz
- Bericht über die Arbeit der AvS im Bezirk Hannover; BE: Sigrid Leuschner

30. April 2010

- Vorbereitung des Landesparteitages 29. Mai 2010
- Aktion Beitragssolidarität
- Berichte

21. Mai 2010

- Vorbereitung Landesparteitag am 29. Mai 2010
- Aktion Beitragssolidarität

18. Juni 2010

- Berichte
- Arbeit der Landtagsfraktion
- Kommunalpolitische Richtlinien (Aktuelle Anpassungen)
- Aktion Beitragssolidarität
- Verschiedenes
 - Nominierung für SGK-Landesvorstand

13. August 2010

- Zwischenbericht Aktion „Beitragssolidarität“
- Bundes- und Landespolitik, Berichte, u. a. Bündnis gegen Sparpaket
- Vorbereitung Bundesparteitag
- Bezirksparteitag 2011 Terminfestlegung und Auswahl des Tagungsortes
- Kommunalpolitische Richtlinien

28. August 2010

- Vorbereitung a. o. Bundesparteitag am 26. September 2010
- Antrag: Rente mit 67
- Beratung von Anträgen zum Bundesparteitag

24. September 2010

- Kommunalpolitische Richtlinien 2011
- Ortsvereinsbefragung: Vergleich Bundes- und Bezirksauswertung
- Vorbereitung a. o. Bundesparteitag am 26. September 2010
- Bezirksparteitag 2011

19. November 2010

- Berichte (Kommunalkongress, Klausurtagung Landtagsfraktion, Plenarwoche Landtag, Plenarwoche Bundestag)
- Kommunalverfassungsgesetz – Kommunalrechtliche Änderungen (BE: Sigrid Leuschner)
- Sozialpolitik – Pflegekampagne der SPD Landtagsfraktion; BE: Ulrich Watermann und Uwe Schwarz)
- Nachtrags-, Wirtschaftsplan Bezirk Hannover 2010
- Terminplan 2011

10. Dezember 2010

- Berichte:
 - Landtagsplenum
 - Arbeitskreis „Integration und Migration“ beim PV (BE: Silke Lesemann)
- Aktion „Beitragssolidarität“ Vorstellung der Ergebnisse
- Terminplan 2011

15. Januar 2011

- Berichte (u. a. Klausur Parteivorstand)
- Arbeitsprogramm des Vorstandes 2011

11. Februar 2011

- Arbeit am Fortschrittsprogramm
 - Arbeitsgruppen zu Anträgen für den Bezirksparteitag
 - Kommunale Finanzen
 - Finanzierung des ÖPNV
 - Bildung und berufliche Bildung in ND
 - Gesund und sicher leben – Pflege in ND
 - Demokratie in Partei, Politik und Gesellschaft

Mitglieder des Bezirksbeirates

SPD-Unterbezirk Celle

Lühmann, Kirsten
Meyer, Rolf
Schmidt, Maximilian

SPD-Unterbezirk Diepholz

Albers, Michael (seit 9. April 2011)
Bugla, Ludger (bis 9. April 2011)
Hartwig, Lars (bis 9. April 2011)
Moldenhauer, Luzia (seit 9. April 2011)

SPD-Unterbezirk Göttingen

Behbehani, Helmi (seit 7. Mai 2011)
Diebel-Geries, Bärbel (bis 7. Mai 2011)
Riethig, Marcel
Steinberg, Sören
Surup, Gudrun

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Beckord, Heike
Fahncke, Barbara
Meyer-Bergmann, Kurt

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Aller, Heinrich (bis 13. März 2011)
Brunotte, Marco
Le Butt, Philipp (seit 13. März 2011)
Lesemann, Silke (bis 13. März 2011)
Löser, Jessica
Lange, Bernd
Merkel, Birgit (seit 13. März 2011)
Thiele, Ulrike

SPD-Unterbezirk Hildesheim

Herbeck, Sebastian
Probst, Reinhild
Rehse, Albert
Schoner, Katja

SPD-Unterbezirk Holzminden

Diener-Wohner, Claudia (seit 13. Mai 2011)
Fischer, Andreas (bis 13. Mai 2011)
Lages, Friedel (bis 13. Mai 2011)
Mönkemeyer, Friedrich (seit 13. Mai 2011)
Tippelt, Sabine

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Feindt, Klaus-Dieter
Scheppelmann, Anneliese (bis 7. Mai 2011)
Westermann, Matthias
Wüst-Buri, Christine (seit 7. Mai 2011)

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Bonin, Heinrich (seit 9. April 2011)
Gründel, Achim
Lotze, Hiltrud (bis 9. April 2011)
Taus, Margitta (seit 9. April 2011)
Völker, Meike (bis 9. April 2011)

SPD-Unterbezirk Nienburg

Altmann, Anja
Bösselmann, Frank
Prüfer, Horst

SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Gierke, Sonja
Hojnatzki, Rolf
Kraus, Brigitte
Schlinsog, Adrian

SPD-Unterbezirk Schaumburg

Becker, Karsten
Brand, Marina
Hanauske, Heidi
Tegtmeier, Ralph

SPD-Unterbezirk Uelzen /

Lüchow-Dannenberg

Dehde, Klaus-Peter
Mischke, Gaby
Putzier, Jan Henner

Tätigkeitsbericht des Bezirksbeirates

Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Bezirksbeirates teil:

- die Geschäftsführer/innen des Bezirkes und der Unterbezirke, soweit sie nicht gewählte Vertreter/innen der Unterbezirke sind
- die Revisoren/innen
- die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften
- die Fachreferent/innen des Bezirkes
- ein(e) Vertreter(in) des Bezirksvorstandes

RevisorInnen

Feindt, Klaus-Dieter
Friedrichs, Heidi
Hojnatzki, Rolf

GeschäftsführerInnen

Strecker, Monika, Unterbezirk Landkreis Harburg
Schmidt, Grit, Unterbezirk Schaumburg (bis 31. Dezember 2010)

Im Berichtszeitraum (Februar 2010 bis Februar 2011) fanden folgende Sitzungen statt:

5. Februar 2010

- Vorstellung der Ergebnisse der Klausur des Landesvorstandes
- Bericht und Diskussion
- Vorbereitung des Landesparteitages am 29. Mai 2010 und des Landesparteiirates am 13. Februar 2010

30. April 2010

- Vorbereitung des Landesparteitages: Kandidaturen, Delegiertenvorbesprechung
- Beratung des Wirtschaftsplanes
- Aktion Beitragssolidarität

24. September 2010

- Kommunalpolitische Richtlinien 2011
- Ortsvereinsbefragung: Vergleich Bundes- und Bezirksauswertung
- Vorbereitung a. o. Bundesparteitag am 26. September 2010
- Bezirksparteitag 2011
- Vorstellung printBOX (Internetbasierte Software zur Erstellung von Materialien)
- Vorbereitung Kommunalwahl 2011

11. Februar 2011

- Migration/Integration; Diskussion mit den Referenten:
 - Ahmet Yilmaz, Vorstandsmitglied BTEU, Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer/-innen
 - Ahmet Guler, Vorsitzender des BTEU, Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer/-innen
 - Pamir Ivkin, Projektkoordinator „easy - Engagement für Ausbildung mit System“
 - Alptekin Kirci, Rechtsanwalt, Mitglied im Stadtrat Hannover, stellv. SPD-Vorsitzender des Stadtverbandes Hannover
- Ergebnis Aktion Beitragssolidarität

Schiedskommission

Die Schiedskommission trägt durch ihre Arbeit zur Sicherung des innerparteilichen Friedens bei und sorgt für Solidarität, wenn es um die Beachtung der Parteigrundsätze geht. Sie entscheidet in einer Dreierbesetzung regelmäßig mit dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern/Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzern, und zwar auf der Grundlage des Organisationsstatuts und der Schiedsordnung. Diese Rechtsgrundlagen haben sich gegenüber dem althergebrachten Verständnis inzwischen gewandelt: So können Ortsvereine z.B. „Distrikte“ bzw. „Ortsabteilungen“ bilden (§ 8 Abs. 7 des Organisationsstatuts), können Gastmitglieder an allen Mitgliederversammlungen der Partei mit Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht teilnehmen (§ 10 a Abs. 1 des Organisationsstatut) und ist die Mitarbeit von Nichtmitgliedern „ausdrücklich erwünscht“ (§ 10 a Abs. 5 des Organisationsstatuts).

In der abgelaufenen Periode und damit „Amtszeit“ gab es für die Schiedskommission im Bezirk Hannover nicht sehr viel zu tun, was insgesamt als gutes Zeichen für den Zustand der Partei gewertet werden kann. Allerdings gab es auch den Fall, dass eine Entscheidung der UB-Schiedskommission Diepholz betr. „Parteiausschluss“ vom betroffenen Parteimitglied hingenommen worden war, so dass die Bezirksschiedskommission damit nicht mehr befasst wurde.

Zu berichten bleibt, dass eine Entscheidung der Bezirksschiedskommission betr. „Ausschluss aus der Partei“, welcher von der Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Lüchow-Dannenberg noch vorgenommen, von der Bezirksschiedskommission nach mehrstündiger Verhandlung in Hannover jedoch aufgehoben worden war, von der Bundesschiedskommission bestätigt worden ist: Der Genosse ist Parteimitglied geblieben.

Für die Bezirks-Schiedskommission

Jürgen Dietze
Vorsitzender

Bildungskommission

Gemeinsame Bildung in Niedersachsen

Die Bildungsarbeit 2009 bis 2011 wurde zunächst von einem deutlichen organisatorischen Umbruch geprägt. Die lange dauernde Diskussion um eine gemeinsame Bildungsarbeit in Niedersachsen gewann mit einer Vereinbarung dazu eine neue Dimension. Die Veranstaltungen der politischen Bildung sollen nicht nur für ganz Niedersachsen angeboten, sondern auch gemeinsam getragen werden – inhaltlich, organisatorisch, personell und finanziell.

Ein solcher Umbruch nimmt einige Zeit in Anspruch bis alle Vorstellungen der gemeinsamen Arbeit verwirklicht worden sind, sich alle Gliederungen darauf eingestellt haben und tatsächlich Neues aufgebaut ist. Dieser Strukturentwicklungsprozess ist noch nicht abgeschlossen und wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Dennoch befinden wir uns auf dem richtigen Weg.

Deshalb sollen in diesem Bericht die Inhalte der Bildungsarbeit im Vordergrund stehen:

Die Qualifizierung der Ortsvereinsvorsitzenden hat im SPD-Bezirks Hannover eine langjährige Tradition: Bereits seit Mitte der 80er Jahre werden den Mitgliedern von Vorständen Angebote zur Qualifizierung gemacht, die sie befähigen sollen an der Schnittstelle von Bürger- und Wählerkontakten, Parteiinteresse und persönlichen politischen und privaten Vorstellungen eine qualifizierte, befriedigende und erfolgreiche Arbeit zu leisten. Für ehrenamtlich Aktive ist dies eine besondere Herausforderung auf die die Bildungsarbeiter im Bezirk Hannover mit dem Angebot einer Seminarreihe „Führung und Verantwortung“ reagiert haben. Seit einigen Jahren wird dies Angebot als Seminarreihe „Fit für das Ehrenamt“ fortgesetzt.

Wobei ein wesentlicher Teil der ursprünglichen Inhalte bei der Verallgemeinerung als bundesweites Angebot und durch die Verkürzung der Seminarreihe auf drei Wochenenden auf der Strecke geblieben ist. Dennoch ist die Seminarreihe auch im Berichtszeitraum zwei Mal durchgeführt worden. Sie wurde von den Teilnehmenden als große Hilfe für deren Arbeit beurteilt und ist aufgrund der Stärkung einer gemeinsamen Identität als ein Erfolg anzusehen. Als Folge daraus werden in der Zukunft aufbauende Angebote das Paket ergänzen.

Vielfältigkeit im Angebot

Die Kommunalpolitische Bildungsarbeit ist von jeher ein Grundpfeiler der politischen Bildungsarbeit im Bezirk Hannover gewesen. Die vergangenen Jahre zeichneten sich durch eine frühzeitige Vorbereitung der Kommunalwahl 2011 aus. So wurden wieder vielfältige Angebote für Kommunkandidatinnen und -kandidaten präsentiert. Die kommunalpolitische „Zukunft durch Qualifizierung“ zu erreichen ist das erklärte Ziel einer Seminarreihe für ambitionierte Kommunkandidatinnen und -kandidaten mit einem Angebot von vier verlängerten Wochenendseminaren u.a. mit den Themen: Perspektiven sozialdemokratischer Kommunkalpolitik, Stadt- und Dorfentwicklung, Kommunale Finanzen und Doppik, Den Zusammenhalt fördern: Kommunale Sozialpolitik, Überzeugend argumentieren: Rhetorik und öffentliches Auftreten. Die immer komplexer werdenden (Kommunal-) politischen Zusammenhänge bilden die Herausforderungen denen sich zukünftige Ratsmitglieder stellen müssen. Hinzu kommt das Angebot, sich die „Grundlagen der Kommunkalpolitik“ in dreitägigen (Bildungsurlaub-) Seminaren zu erarbeiten. Weitere ergänzende Angebote von Rhetorik über weitere

Bildungskommission

Kommunalpolitische Einzelthemen bis hin zur Strategischen Kampagnenplanung runden das Angebot ab.

Kommunale Akademie Niedersachsen

Um die notwendige Professionalisierung und Steigerung der Qualität des Angebotes sicher zu stellen, erfolgte vor fast 13 Jahren die Zusammenfassung des Kommunalpolitischen Bildungsangebotes in der „Kommunalen Akademie“, die inzwischen niedersachsenweit agiert. Die tief greifende Bedeutung dieser Bildungsinitiative zeigt sich in der jetzt zum wiederholten Mal angebotenen Qualifizierungsreihe für zukünftige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, denen ein Angebot der politischen Bildung den Weg in eine qualifizierte, bürgernahe kommunalpolitische Arbeit erleichtert. Führungsqualität, fachliche, kommunikative und persönliche Kompetenz bringen die BewerberInnen mit. Die Themen und Methoden dieser Qualifizierungsreihe tragen dazu bei, Stärken und Profil zu entwickeln.

Das sich daraus im Laufe der Jahre ein inhaltlich und grundsätzlich orientiertes Netzwerk mit intensiven Lern- und Entwicklungsprozessen entwickelt hat ist ein erfreuliches Zeichen für Kontinuität und Qualität einer von vielen Haupt- und Ehrenamtlichen getragenen Arbeit.

Hohe Beteiligung

An diesen und an den anderen Angeboten der Bildungsarbeit nahmen im Berichtszeitraum über tausend Genossinnen und Genossen teil. Wie in anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind auch innerhalb dieses Angebotes gelegentlich Seminare ausgefallen: fünf bis sechs Prozent, nicht wie sonst häufig bei öffentlichen

und privaten Anbietern 30 bis 50 Prozent. Damit hält sich der Umfang der Arbeit seit vielen Jahren quantitativ auf etwa der gleichen Höhe. Leichte Schwankungen sind eher Zeichen einer hohen Kontinuität. Dies ist sicherlich auch der intensiven Arbeit von sehr vielen ehren-, neben- und hauptamtlich Mitwirkenden geschuldet und der kontinuierlichen Bereitschaft der politischen Gremien diese Arbeit zu stützen und zu entwickeln.

Diese Beschreibung eines der politischen Schwerpunkte der Arbeit im Bezirk Hannover (und darüber hinaus) zeigt, das die auf viele Jahre angelegte Arbeit Teil einer strategischen Ausrichtung ist, die auch in anderen Teilen der Gesamtberichterstattung zum Ausdruck kommt:

- Demokratische Beteiligung als ein Kern der ehrenamtlichen politischen Arbeit,
- hauptamtliche Absicherung dieser Arbeit auch in der Fläche für eine politische Handlungsfähigkeit,
- politische Bildung als Beitrag zur Organisationsentwicklung und innerparteilichen Demokratie und
- Nutzung moderne Medien in einer sich rasant verändernden Kommunikationskultur und -struktur.

Hansjörg Schell

Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2009 / 2010

Das **Landtagswahl-Ergebnis 2003** hatte den Bezirk am Nerv getroffen. Es waren nicht nur die negativen finanziellen Konsequenzen zu verarbeiten, sondern es musste auch auf einer erheblich reduzierten Ausgangsbasis weiter gearbeitet werden. 2008 brachten die Landtagswahlen entsprechend dem Trend auf Bundesebene keine Erholung. Hinzu kamen die negative Mitgliederentwicklung und die aus den insgesamt rückläufigen Entwicklungen auf Bundesebene (Wählerstimmen, Mitgliedsbeiträge, Spenden) geringere Masse, die für die Verteilung der öffentlichen Mittel auf die Bezirke und Landesbezirke zur Verfügung stand. Ein Großteil der Ausgaben des Bezirks sind Fixkosten. Sämtliches Personal, auch das in der Fläche, wird von uns finanziert. Die Finanzkommission des Bezirks hat daher Anfang 2010 gemeinsam mit Vertretern aller Ebenen eine Bestandsaufnahme über Aufgabenerledigung und ihre Finanzierung vorgenommen. Es ergab sich folgende Ausgangslage:

- Mitgliedsbeiträge 2000 = 2,04 Mio Euro, 2009: 1,72 Mio Euro = minus 15,6 Prozent.
- Der Durchschnittsbeitrag entwickelte sich von 6,51 Euro auf 7,82 Euro.
- Die Sonderbeiträge reduzierten sich um 84.000 Euro, 40 Prozent.
- Die Personalausgaben sanken von 2,2 Mio. Euro (2003) auf 1,8 Mio Euro (2009), minus 17,6 Prozent.
- Das Strukturkonzept des Bezirks wurde schrittweise umgesetzt.
- Die Unterbezirksbüros erhielten Büroleiter/innen, spezialisierte Dienstleistungen konnten nur noch in Hannover vorgehalten werden. Aus 18 Stellen im Bezirk wurden neun (minus 50 Prozent), davon sind zwei an den Landesverband abgestellt, in den UB blieben 15 statt 22,5 Stellen (minus 31 Prozent). Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen.

Diese Personalentwicklung war in den vergangenen Jahren das Äquivalent für sinkende Beitragseinnahmen, Sonderbeiträge und öffentliche Mittel. Auf dieses Instrument kann nicht mehr zurückgegriffen werden. Der Bezirksvorstand entschied sich mit einstimmiger Unterstützung im Bezirksbeirat, eine groß angelegte **Solidaritätsaktion zur Beitragshöhe** zu starten.

Ich bin mit dem leitenden Geschäftsführer und weiteren Mitarbeitern des Bezirks in allen Unterbezirk gewesen und habe mit den Funktionsträgern auf Unterbezirks- und Ortsvereinsebene diskutiert. Dabei haben wir erfahren, dass lange Jahre das Thema Beitrag tabuisiert war, aber doch viel Verständnis herrschte, dass nur so die hauptamtliche Präsenz in der Fläche gesichert werden konnte.

Beitrag	Ausgangslage	erreicht
2,50 Euro	24 Prozent	13 Prozent
2,51 bis 4,99 Euro	26 Prozent	7 Prozent

Auch in den oberen Beitragsgruppen gab es nennenswerte Aufstockungen. So erhöhte sich der Durchschnittsbeitrag von 7,82 auf 9,05 Euro, das sind fast 16 Prozent. Dies sichert durch unseren Anteil von 64 Prozent die Einnahmehöhe für mehrere Jahre. Wir hoffen aber auch, dass das Verhältnis zwischen Beitrag und erwünschter Leistung der Partei in Zukunft in einem anderen Licht gesehen wird und sich Unterbezirke und Ortsverein zukünftig einmal jährlich sich mit den Beiträgen befassen.

Wegen dem Fortbestehen der Doppelgleichigkeit zwischen Landesverband und Bezirken galt es, uns neu zu positionieren. Oberstes Prinzip für uns, war dabei die Sicherung der hauptamtlichen Präsenz in der Fläche. Wir können feststellen, dass

Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2009 / 2010

kein anderer niedersächsischer SPD-Bezirk, aber auch nicht die anderen Parteien über hauptamtlich geführte Büros in allen Landkreisen verfügen. Die **Bedeutung der Unterbezirksbüros als Service- und Kommunikationscenter** wird dadurch unterstrichen, dass der Bezirk neben der Personalgestaltung, der Sicherstellung einer einheitlichen Kommunikationsstruktur, des Vorhaltens einer kostengünstigen Druck- und Service-Agentur den Unterbezirken zusätzlich eine eigenständige Finanzausstattung ermöglichte. Über 75.000 Euro fließen ihnen daraus zu. Der Bezirk übernimmt zusätzlich die Kosten für den Direktversand der jährlichen Beitragsquittungen, Versicherung aller Ehrenamtlichen, die GEMA-Gebühren und beteiligt sich an den Leitungs- und Vernetzungskosten. Diese Grundstruktur der Arbeits- und Finanzverteilung war auch in den vergangenen zwei Jahren beizubehalten. Die 2009 und 2010 ausgesetzten Direktzahlungen an die UB in Höhe von 46.000 Euro werden ab 2011 für Wahlkreise aufgestockt, in denen Abgeordnete fehlen. Für die Außendarstellung, besonders in Wahlkämpfen, stellte der Bezirk ferner einheitliche Grundlagen für Materialien wie mit der **PrintBOX** zur Verfügung.

Die dritte Finanzierungssäule des Bezirks

ist der interne Finanzausgleich, der auf Bundesebene die Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung aufteilt. Dabei schlagen allerdings schlechte Wahlergebnisse insgesamt und speziell für Niedersachsen ebenso auf die Höhe des Gesamtopfes wie den niedersächsischen Anteil durch wie der zu berücksichtigende Anteil an den Beitrags-einnahmen und Spenden.

Trotz aller Finanzenge haben wir unsere politischen Ansprüche nicht aufgegeben, von denen ich an dieser Stelle besonders die **politische Versorgung in der Fläche**, so-

wie unsere inhaltlich-programmatische wie auch die **Bildungsarbeit** nennen möchte. Ich glaube, dass wir feststellen können, dass sich diese Schwerpunkte mittelfristig auch in dem Erreichen guter Wahlergebnisse niederschlagen. Das haben wir bei Bundestagswahlen, aber besonders bei Kommunalwahlen dokumentieren können. Überproportional waren unsere Erfolge besonders bei den Wahlen zu den Verwaltungsspitzen, den Bürgermeistern/innen und Landräten/innen.

Der **Wirtschaftsplan 2009** wies noch ein Defizit aus, das 2010 in ein leichtes Plus wechselte. Neben buchhalterischen Notwendigkeiten (z.B. Rückstellungen für Altersteilzeit) wurden erhebliche Eingriffe in die laufende Politische Arbeit notwendig. Durch die Gesamtsituation war die Liquidität des Bezirks sehr angespannt, da wir auch erhebliche Forderungen an Gliederungen im Abschluss bilanzieren mussten. Andererseits haben uns Gliederungen durch Bereitstellen von Liquidität gestützt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Frühjahr 2009 durch ein Darlehen des PV abgelöst. Dieses Darlehen in Höhe von 750.000 Euro wird in vier Jahren fristgemäß getilgt.

Durch die auf den Bezirk entfallenden höheren Einnahmen aus Beiträgen entspannt sich die Lage mittelfristig in erfreulichem Maße. Die **Wirtschaftspläne sind ausgeglichen**. Der Vermögensstatus ist ab 2012 positiv, d.h. wir sind schuldenfrei. Dazu trägt auch die Neuordnung unseres Immobilienbesitzes bei. Rechtlich gehört dieses Vermögen dem Parteivorstand, der es über den Generaltreuhänder Konzentration GmbH bewirtschaftet. Allerdings sind die Bezirke für die Deckung des laufenden Aufwands verantwortlich, dürfen aber auch von Erlösen profitieren. Wir haben den Immobili-

Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2009 / 2010

enbesitz neu geordnet. Das Grundvermögen bei der Heimvolkshochschule (HVHS) Springe wurde an den PV/die Konzentration GmbH übertragen, desgleichen die Verwaltung der weiteren Parteigebäude. Zwei weitere Liegenschaften (Hildesheim, Rinteln), die auf Dauer nicht für Parteizwecke benötigt werden, wurden gegen Aufrechnung von Verbindlichkeiten veräußert.

An dieser Stelle sei ein Blick auf die vom Bezirk nach Parteiengesetz zu verantwortende **Gesamtbilanz aller Gliederungsebenen** geworfen. Aus der Überschussrechnung ergibt sich für 2009 ein Vermögen von 2.242.474 Euro. Dies ist allerdings ausschließlich auf die Ortsebene zurückzuführen. Beim Vermögensstand ergeben sich auf Ortsebene 2.849.137 Euro, bei den Unterbezirken 198.857 Euro. Die Zahlen für 2010 ergeben dasselbe Bild. Dies ist insgesamt ein gesundes Ergebnis. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es eine Saldierung vieler Einzelpositionen ist. Es gibt notleidende Gliederungen mit vielen, oder auch gut situierte mit geringen Aktivitäten, wie auch Kontostände, die gehegt werden.

Doch die notwendige Diskussion wird überlagert durch die Klärung der Frage, wie die **Parteiorganisation in Niedersachsen** letztendlich aussehen soll. Die Beschlusslage im Bezirk Hannover ist seit vielen Jahren unverändert: wir wollen einen Landesverband als Organisationsgliederung. Dies würde den Verlust dieser Eigenschaft für die vier Bezirke bedeuten, ohne ihre politischen Zuständigkeiten abschließend zu beantworten. Das Ergebnis der Landtagswahl 2008 hat die Notwendigkeit allen deutlich vor Augen geführt. Ergebnisse von Kommissionen wurden abgearbeitet, der Landesverband Niedersachsen erhielt eine neue Satzung mit erheblichen Verbesserungen in der Meinungsbildung. Die Bestandsauf-

nahme im Rahmen dieses Prozesses machte jedoch deutlich, dass wir uns nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch wegen der finanziellen Rahmenbedingungen neben Ortsvereinen und Unterbezirken nur eine weitere Ebene leisten können. Die vom Bezirksparteitag beschlossene Überführung der vier niedersächsischen Bezirke in einen Landesbezirk konnte dennoch 2010 nicht vollzogen werden. Wir stellen dem Landesverband weiterhin zwei Stellen mit Nebenkosten und 210.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Es wäre ein falscher Schluss zu glauben, dass ein relativ und absolut zurückgehender Haushalt keine Wirkungen zeigen würde. Wichtig ist, stärker denn je, **Prioritäten zu setzen und Umstrukturierungen zügig zu vollziehen**. Veränderte **Anforderungen an die Organisationsstruktur** zeigen sich auch darin, dass in Verfolg der Beschlüsse des organisationspolitischen Parteitag im Januar 2001 inzwischen fast alle Unterbezirke geprüft haben, in wieweit die Gliederungen auf der Ebene der politischen Gemeinden und ihrer Ortsteile nicht nur den Mitglie­derzahlen anzupassen waren, sondern auch den veränderten Ansprüchen der Mitglieder auf die Beteiligung an der politischen Willensbildung und einer kontinuierlichen Mitarbeit gerecht werden konnten. Wir wollen dabei die unmittelbar örtliche Arbeit von organisatorischem Ballast befreien und die Kapazitäten der nach außen gerichteten politischen Arbeit zuführen. Dabei dürfen die Augen nicht verschlossen werden vor der Tatsache, dass die **Mitgliederentwicklung und die Verschiebung der Altersstruktur** sich gerade auf die unteren Ebenen auswirken. Gegenüber dem Parteivorstand muss auf Bezirksebene der Jahresabschluss aller Organisationsgliederungen in unserer Verantwortung zusammengeführt werden. Das bedeutet für uns

Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2009 / 2010

einen erheblichen personellen Aufwand im hauptamtlichen Bereich, der mehrere Kräfte für Monate bindet. Auch insofern plädieren wir dafür, in einzelnen Unterbezirken noch nicht konsequent umgesetzte Schritte fortzuführen. Die finanziellen Möglichkeiten der Ortsebene brauchen darunter nicht zu leiden. Abteilungen dürfen keine eigenständigen Rechenschaftsberichte abgeben, sie sind im Ortsverein zu konsolidieren (Vorschrift Parteiengesetz).

Als Schatzmeister kann ich nicht umhin, auch anzumerken, dass das **Parteiengesetz** in den letzten Jahren mehrfach geändert wurde. Ausgelöst durch den CDU-Partei-Spenden-Skandal wurden viele Vorschriften präzisiert und auch enger gefasst. Dies will ich nicht beklagen, auch nicht die stärkere Verantwortung der Vorsitzenden, Schatzmeister und Revisoren. Wir im Bezirk haben wie ein Wirtschaftsbetrieb zu bilanzieren. Aber es ist nach wie vor so, dass ein Großteil der politischen Arbeit, auch im Finanzwesen, von **Ehrenamtlichen** geleistet wird. Und so will ich diesen ausdrücklich danken und sie ermuntern, ihre Arbeit fortzusetzen bzw. noch Abwartende auffordern, sich diesem Politikbereich nicht von vornherein zu entziehen, auch wenn in ihm nicht allzu häufig Lorbeeren zu ernten sind. Aber ohne geordnete Finanzen kann Politik insgesamt nicht stattfinden.

Für mich gilt es, den **hauptamtlichen Mitarbeitern sowohl im Bezirk als auch in den Unterbezirken zu danken**, deren engagierte Arbeit dazu beigetragen hat, die Wirtschaftspläne unter diesen schwierigen Bedingungen umzusetzen. Den Arbeitsbereich des Geschäftsführers Finanzen hat die Geschäftsführerin, Marga Süsselbeck, gemeinsam mit dem leitenden Geschäftsführer Hansjörg Schell zusätzlich übernommen. Ihnen spreche ich für die vielen Initiativen

und konsequente Umsetzung, den Einsatz insgesamt, meine ausdrückliche Anerkennung aus.

Dieses Mal gebührt mein Dank auch allen, die viel Zeit und Mühe in die Beitrags-Solidaritätsaktion investiert haben. Manchmal gab es auch Nickligkeiten, aber am Ende sind wir alle stolz auf das Ergebnis.

Ich danke auch den Revisoren. Ihre Arbeit war dadurch geprägt, die politische Lage in ihre Überlegungen einzubeziehen und mit uns gemeinsam Wege und Lösungen bei den anstehenden Problemen zu suchen.

Dies ist mein letzter Finanzbericht. Nach 13 Jahren übergebe ich den Staffelnstab an die nachfolgende Generation. Es waren keine einfachen Jahre, aber ich freue mich, dass ich ein geordnetes Haus übergeben kann.

Wolf Kutzer

Finanzbericht | Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2009

	Bezirk	OV's	UB's	Summe (OV's+UB's)	Gesamt (Bez.,OV's, UB's)
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.723.276,18	404.842,83	44.099,56	448.942,39	2.172.218,57
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelm. Beiträge	128.475,00	1.124.543,25	414.755,33	1.539.298,58	1.667.773,58
3. Spenden von natürlichen Personen	6.385,30	298.258,81	169.421,76	467.680,57	474.065,87
4. Spenden von juristischen Personen	8.000,00	8.945,86	45.438,86	54.383,86	62.383,86
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	4.980,79	24.941,98	5.466,83	30.408,81	35.389,60
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonst. mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	146.134,17	343.442,83	127.801,31	471.244,14	617.378,31
8. Staatliche Mittel	534.088,12	0,00	0,00	0,00	534.088,12
9. Sonstige Einnahmen	6,22	359,07	273,68	632,75	638,97
10. Zuschüsse von Gliederungen	195.143,51	96.960,91	261.023,47	357.984,38	553.127,89
11. <i>Gesamteinnahmen</i>	<i>2.746.489,29</i>	<i>2.302.294,68</i>	<i>1.068.280,80</i>	<i>3.370.575,48</i>	<i>6.117.064,77</i>
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.762.032,81	18.148,18	46.165,02	64.313,20	1.826.346,01
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	375.590,41	354.728,08	316.061,11	670.789,19	1.046.379,60
b) für allgemeine politische Arbeit	213.421,86	932.470,10	153.076,24	1.085.546,34	1.298.968,20
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	56.695,90	112.917,97	53.334,07	166.252,04	222.947,94
Bundtagswahl	2.976,96	419.192,21	473.210,92	892.403,13	895.380,09
Landtagswahl	0,00	218,68	2.496,05	2.714,73	2.714,73
Kommunalwahl	0,00	40.894,28	1.987,40	42.881,68	42.881,68
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
e) sonstige Zinsen	34.567,60	3.488,33	6.716,53	10.204,86	44.772,46
f) sonstige Ausgaben	8.564,59	17,28	265,68	282,96	8.847,55
3. Zuschüsse an Gliederungen	344.810,99	182.873,07	277.613,2	210.634,39	555.445,38
4. <i>Gesamtausgaben</i>	<i>2.798.667,12</i>	<i>2.064.948,18</i>	<i>1.081.074,34</i>	<i>3.146.022,52</i>	<i>5.944.683,64</i>
3. Überschuss / Defizit (-)	-52.171,83	237.346,50	-12.793,54	224.552,96	172.381,13

Finanzbericht | Vermögensbilanz 2009

	Bezirk	OV's	UB's	Summe (OV's+UB's)	Gesamt (Bez.,OV's, UB's)
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1. Haus- und Grundvermögen	61750	11.358,00	0,00	11.358,00	11.975,50
2. Geschäftsstellenausstattung					
II. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	59.794,40	55.443,65	115.238,05	115.238,55
2. sonstige Finanzanlagen	61750	71.152,40	55.443,65	126.596,05	127.213,55
Summe Anlagevermögen				0,00	0,00
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	346.134,57	67.495,00	484,54	67.979,54	414.114,11
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	5.450,08	2.866.473,74	360.074,05	3.226.547,79	3.231.997,87
IV. sonstige Vermögensgegenstände	23.243,36	2.827,49	83,00	2.910,49	26.153,85
Summe Umlaufvermögen	374.828,01	2.936.796,23	360.641,59	3.297.437,82	3.672.265,83
C. Gesamtbesitzposten	375.445,51	3.007.948,63	416.085,24	3.424.033,87	3.799.479,38
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	194.203,30	0,00	0,00	0,00	194.203,40
Summe Rückstellungen	194.203,30	0,00	0,00	0,00	194.203,40
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	854.579,84	136.628,50	189.403,09	326.031,59	1.180.611,43
II. Rückzahl. Verpfl. Staatl. Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichk. ggü. Kreditinstituten	70.431,63	19.414,97	26.714,62	46.129,59	116.561,22
IV. Verbindlichk. ggü. Sonst. Darl.gebern	0,00	2.019,21	1.110,00	3.129,21	3.129,21
V. sonstige Verbindlichkeiten	61.750,63	748,94	0,00	748,94	62.499,57
Summe Verbindlichkeiten	986.762,10	158.811,62	217.227,71	376.039,33	1.362.801,43
C. Gesamt Schuldposten	1.180.965,40	158.811,62	217.227,71	376.039,33	1.557.004,73
3. Reinvermögen	-805.519,89	2.849.137,01	198.857,53	3.047.994,51	2.242.474,65

Finanzbericht | Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2010

	Bezirk	OV's	UB's	Summe (OV's+UB's)	Gesamt (Bez.,OV's, UB's)
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.773.176,18	414.761,43	45.566,69	460.328,12	2.233.504,30
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelm. Beiträge	132.655,00	1.131.417,39	420.734,59	1.552.151,98	1.684.806,98
3. Spenden von natürlichen Personen	2.534,86	218.829,32	50.913,03	269.742,35	272.277,21
4. Spenden von juristischen Personen	0,00	3.490,69	3.700,00	7.190,69	7.190,69
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	5.902,62	19.312,71	3.354,35	22.667,06	28.369,68
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonst. mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	115.470,33	308.133,29	121.100,68	429.233,97	544.704,30
8. Staatliche Mittel	504.411,88	0,00	0,00	0,00	504.411,88
9. Staatliche Einnahmen	12,20	3.608,62	4.514,99	8.123,61	8.135,81
10. Zuschüsse von Gliederungen	9.087,58	117.230,79	29.383,57	146.614,36	155.701,94
11. <i>Gesamteinnahmen</i>	2.543.250,65	2.216.784,24	679.267,90	2.891.652,14	5.439.302,79
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.742.425,13	17.852,32	28.220,97	46.073,29	1.788.498,42
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	353.033,60	354.786,15	287.026,67	641.812,82	994.846,42
b) für allgemeine politische Arbeit	144.399,18	950.841,15	136.159,02	1.087.000,17	1.231.399,35
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	0,00	955,04	764,00	1.719,04	1.719,04
Bundtagswahl	0,00	14.593,19	11.454,40	26.047,59	26.047,59
Landtagswahl	0,00	330,62	642,57	973,19	973,19
Kommunalwahl	6.298,22	57.188,03	53.442,39	110.630,42	116.938,64
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	17,04	0,00	17,04	17,04
e) sonstige Zinsen	25.281,75	2.541,65	3.814,19	6.355,84	31.637,59
f) sonstige Ausgaben	660,63	549,59	268,08	87,67	1.478,30
3. Zuschüsse an Gliederungen	221.261,00	142.440,36	3.924,00	146.364,36	367.625,36
4. <i>Gesamtausgaben</i>	2.493.359,57	1.542.095,14	525.716,29	2.067.814,33	4.561.170,94
3. Überschuss / Defizit (-)	49.891,14	674.689,10	153.551,61	828.240,71	878.131,85

Finanzbericht | Vermögensbilanz 2010

	Beizirk	OV's	UB's	Summe (OV's+UB's)	Gesamt (Bez.,OV's, UB's)
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1. Haus- und Grundvermögen					
2. Geschäftsstellenausstattung	227,49	9.611,00	0,00	9.611,00	9.838,49
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	78.224,80	68.990,89	147.215,69	147.215,69
Summe Anlagevermögen	227,49	87.835,80	68.990,89	156.826,69	157.054,18
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	293.903,42	87.200,00	40.484,54	127.684,54	421.587,96
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	557,71	3.468.677,09	373.775,84	3.842.452,93	3.843.010,64
IV. sonstige Vermögensgegenstände	18.589,35	2.896,64	47,00	2.943,64	21.532,99
Summe Umlaufvermögen	313.050,48	3.558.773,73	414.307,38	3.973.081,11	4.286.131,59
C. Gesamtbesitzposten	313.277,97	3.646.609,53	483.298,27	4.129.907,80	4.443.185,77
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	152.519,91	0,00	0,00	0,00	152.519,91
Summe Rückstellungen	152.519,91	0,00	0,00	0,00	152.519,91
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten gg.üb. Gliederungen	710.414,75	110.356,35	127.903,09	238.259,44	948.674,19
II. Rückzahl. Verpfl. Staatl. Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichk. gg.üb. Kreditinstituten	134.959,23	6.377,80	2.986,04	9.363,84	144.323,07
IV. Verbindlichk. gg.üb. Sonst. Darl.gabern	0,00	5.350,00	0,00	5.350,00	5.350,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	71.012,83	699,27	0,00	699,27	71.712,10
Summe Verbindlichkeiten	916.386,81	122.783,42	130.889,13	253.672,55	1.170.059,36
C. Gesamt Schuldposten	1.068.906,72	122.783,42	130.889,13	253.672,55	1.322.579,27
3. Reinvermögen	-755.628,75	3.523.826,11	352.409,14	3.876.235,25	3.120.606,50

Revisionsbericht

Wir haben am 21. Mai 2010 die Kassen- und Revisionsprüfung für 2009 durchgeführt; die Prüfung für 2010 ist am 13. Mai 2011 geplant. Die Buchhaltung hatte unsere Prüfung, wie immer, gut vorbereitet. Alle erforderlichen Unterlagen waren vorhanden. Erbetene Auskünfte wurden uns von Walter Priebe, als Buchhalter bereitwillig erteilt.

Die Ergebnisse haben wir vorab mit unserem Schatzmeister, Wolf Kutzer, erörtert. Unsere jeweiligen stichprobenhaften Einzelbelegprüfungen führten zu keinen wesentlichen Beanstandungen. Auch eine unvermutete Prüfung der Kasse bestätigte die große Sorgfalt und Zuverlässigkeit der Geschäftsstelle. Die Prüfung der Verbindung vom Beleg zur Finanzbuchführung und umgekehrt war leicht möglich. Die Anfangs- und Endbestände der Finanzkonten stimmen mit den Kontoauszügen, bzw. Kassenberichten überein. Die Sonderbeiträge der Mandatsträger wurden vom Bezirk gemäß den Vorstandsbeschlüssen erhoben. Die Erträge wurden nach unseren Feststellungen bestimmungsgemäß und effizient eingesetzt. Allen dafür Verantwortlichen im Bezirksvorstand und in der Mitarbeiterschaft sei an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz gedankt.

Die schwierige finanzielle Lage des Bezirks hat auch im Berichtszeitraum fortbestanden. Die Deckungslücke von Vermögen und Schulden belief sich am 31. Dezember 2009 auf 851.000 Euro (Vorjahr: 700.000 Euro); die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 1.154.000 Euro (Vorjahr: 980.000 Euro). Erfreulicher Weise konnte die Zinsbelastungen von 75.000 Euro auf 35.000 Euro reduziert werden. Die Konsolidierungsbemühungen des Bezirks trugen dazu bei, dass die Erfolgslage deutlich verbessert und die finanzielle Handlungsfähigkeit gewahrt wurde.

So ist in 2010 erstmals wieder ein Überschuss zu erwarten. Ebenso ist ein Abbau der Verschuldung vorgesehen; dazu ist aber die einmalige Veräußerung von Vermögenswerten erforderlich. Trotz erheblicher Einsparungen im Personal- und Verwaltungsbereich sind unsere Parteistrukturen noch intakt, das auch dank der guten Zusammenarbeit der Finanzkommission mit dem Betriebsrat. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Auch bei den Gliederungen tragen die Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage erste Früchte. So konnte mit betroffenen Unterbezirken und Stadtverbänden ein kontinuierlicher Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber dem Bezirk vereinbart werden. Wie von uns vorgeschlagen, werden die Forderungen des Bezirks auch künftig angemessen verzinst. Im Übrigen muss jede Gliederung eigenverantwortlich wirtschaften und dafür sorgen, dass Einnahmen und Ausgaben sich nachhaltig die Waage halten; dies gilt von der Abteilung bis zum Bezirk. Hier sind weiterhin Ungleichgewichte festzustellen: Unterbezirke bzw. Stadtverbände sind gelegentlich handlungsunfähig, wenn die jeweiligen Ortsvereine und Abteilungen die solidarische Finanzierung gemeinsamer Aktivitäten (z.B. Wahlkämpfe) unterlaufen. Dies gefährdet zunehmend die Kampagnenfähigkeit der Partei insgesamt.

Es darf auch nicht übersehen werden, dass die jeweilige Finanzausstattung zusammen mit der Finanzplanung für die Folgejahre die wichtige Grundlage für das politische Handeln ist. Die Zahlen laut Finanzplanung für die kommenden Jahre entsprechen den Erfahrungssätzen der Vergangenheit und sind in sich schlüssig und realistisch. Sie beinhalten weitere unvermeidbare Konsolidierungsschritte, gewährleisten damit aber die erfolgreiche politische Arbeit der Partei im

Revisionsbericht

Bezirk, und durch die personelle Präsenz in der Fläche, auch vor Ort. Auch wenn durch die Beitragsaktion eine deutliche Verbesserung der Erträge erwartet wird, darf dies nicht dazu führen, dass die Sparanstrengungen aufgegeben werden.

Festzuhalten bleibt, dass Schatzmeister und Bezirksvorstand in Verbindung mit der hauptamtlichen Mitarbeiterschaft im Prüfungszeitraum eine gute Arbeit getan ha-

ben und stets darauf bedacht waren, die politische Arbeit auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Aus diesem Grunde werden wir auch die Entlastung des Schatzmeisters und des gesamten Bezirksvorstandes beantragen.

Hannover, den 28. April 2011

Klaus-Dieter Feindt

Heidi Friedrichs

Rolf Hojnatzki

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD

I. Selbstständige in der SPD

Selbstständige in der SPD bekleiden die unterschiedlichsten Berufe. Bemerkenswert ist, dass sie sich häufig in den modernsten Wirtschaftszweigen finden. Zwar hat das auch mit der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung zu tun, die in die Richtung eines Ausbaus des Dienstleistungsbereichs zulasten des Produktionsbereichs weist. Gleichwohl ist darauf allein nicht zurückzuführen, dass die Mehrzahl der Selbstständigen in der SPD im Dienstleistungsbereich arbeitet. Das reicht von der Fort- und Weiterbildung, über soziale und Gesundheitsberufe, anwaltliche Tätigkeit, Steuerberatung, Berufe im Umweltschutz und im technisch-wissenschaftlichen Bereich bis hin zu Spin-Off-Unternehmen der Hochschulen auf der Basis nachhaltiger Innovationen, IT-Gesellschaften, alteingesessenen Handwerksunternehmen mit einer über Generationen reichenden Tradition sowie klassischen Handwerksbetrieben. Übergreifend kennzeichnend für sozialdemokratische Unternehmerinnen und Unternehmer ist jedoch ihre Offenheit für neue Ideen, ihr großes Interesse an politischen Themen, auch wenn sie weit über das eigene Berufsfeld hinausreichen, ihre geradezu leidenschaftliche Freude an inhaltlicher Diskussion sowie – nicht zuletzt – ihre tiefe Einsicht in die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialen Chancen.

Dieser, gelegentlich chaotischen, „Lust“ am Debattieren steht in der Regel jedoch nur wenig Zeit für Parteiarbeit oder Mandate gegenüber. Auch für sozialdemokratische Unternehmerinnen und Unternehmer, für diese vielleicht besonders, gilt die für Selbstständige schicksalhafte Bestimmung des „Selbst und Ständig“. Wer sich der Innovation verschrieben hat, wird selten danach streben, seinen Tag exakt einzuteilen oder möglichst früh aus dem Arbeitsleben

auszuscheiden. Im Gegenteil, die mit selbstständiger Tätigkeit verbundene persönliche Freiheit, die Möglichkeit zu sozialer Selbstbestimmung, im vorgegebenen Rahmen, die mit der Suche nach und der Entdeckung von neuem stets verbundene Spannung, die Chance zur Erhöhung der Lebensqualität anderer Menschen durch eigene Dienstleistungen usw. bieten nicht nur im Beruf Chancen zu sozialer und letztlich auch – im Kleinen – politischer Gestaltung, sondern lassen neben dem hierfür erforderlichen Zeitaufwand in der Regel nur wenig Raum für nachhaltiges Engagement in der Partei. Hinzukommt: Für Mittelständler, die den Hauptteil unserer AG ausmachen, schwankt die Arbeitsbelastung außerordentlich. Typisch für sie sind Entwicklungssprünge ihrer Unternehmen, die wirtschaftlich, finanziell, sozial und persönlich bewältigt werden müssen. Deshalb kann das Engagement in der Partei wechseln, von hohem Input rund um die Uhr bis hin zu absoluter Sparflamme. Unternehmen und Beschäftigte gehen vor. Sie sind die Existenzgrundlage.

II. Mitgliederentwicklung und Vorstand

Immer noch werden wir gefragt: Selbstständige, Unternehmerinnen und Unternehmer, Managerinnen und Manager – gibt es die denn in der SPD? Wir antworten darauf: Selbstverständlich ja, und das schon seit es die SPD gibt. Berühmte Gründerväter und -mütter der SPD waren selbstständig, unter ihnen Ferdinand Lassalle und August Bebel. Vor allem kleine und mittlere Unternehmerinnen und Unternehmer, die sog. KMU, viele aus freien Berufen, Handwerk und dem Dienstleistungsbereich, sind SPD - Mitglieder. Insgesamt sind heute fast 40.000 Mitglieder der SPD selbstständig, mehr als fünf Prozent aller Parteimitglieder. Das ist ein großes Potenzial an wirtschaftlicher Kompetenz und politischem Sachverstand, das von Kreativität, Risikobereitschaft und

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD

dem Bekenntnis zu sozialem Engagement geprägt ist.

Sprünge hat es insbesondere bei der Mitgliederentwicklung gegeben. Das politische Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmen, besonders aus dem Bereich der KMU, ist wechselhaft. Es kommt vor, dass sich langjährige Parteimitglieder plötzlich als Unternehmerinnen und Unternehmer „outen“, aber auch, dass sich langjährige aktive ganz oder vorübergehend aus dem „politischen Geschäft“ zurückziehen. Parteimitglieder entdecken manchmal nach langjähriger Untermertätigkeit ihr Interesse an genuin politische Arbeit. In den letzten Jahren sind viele junge Mitglieder in die SPD eingetreten, unter denen sich etliche Unternehmerinnen und Unternehmer finden. Das mag nicht unmittelbar zu einer Stabilisierung der politischen Arbeit in unserer AG beitragen, macht sie jedoch zweifellos facettenreicher, vielfältiger und spannender. Soweit dies der Vorstand arbeitsmäßig bewältigen konnte, hat er neue Mitglieder stets versucht an sich und an seine Arbeit heranzuführen. Hier muss noch mehr getan werden. Insgesamt und rückblickend gilt jedoch, dass sich die Arbeit unserer AG nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ positiv entwickelt hat.

Derzeit setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Vorsitzender

RA Prof. Dr. Ulrich Hammer, Hammer
Anwaltskanzlei, Hildesheim

stv. Vorsitzende

Dr. Thorsten Heinze, Büro für Umwelt- und
Technologieberatung GmbH, Göttingen
Bürgermeister Thomas Prinz, Stadt Laatzen

Dr. Stephan Schlote, Zentrum für Biotechnik,
Robotik und Analytik GmbH, Beckedorf

Beisitzer

Dr. Michael Franke, GEUM.tec GmbH,
Hannover

Dr. Wolfgang Heitkämper, GTA Gesellschaft für Technische Akustik mbH,
Hannover

Horst Kiesewetter, Kiesewetter GmbH
Individuelle Datenverarbeitung, Bad
Münder

Erika Mann, MdEP a. D., Bad Gandersheim
Dorothee Oetzmann, Excurs Gruppe
für das Sozial- und Gesundheitswesen,
Hannover

Oliver Wasmann, Seelze

Ende Mai steht die Neuwahl des Vorstandes an, die voraussichtlich einige Änderungen bringen wird.

III. Unsere Arbeit

Die AGS stellt sich vielen Aufgaben. Ihr Fokus liegt dabei auf dem Inhaltlich-Politischen.

- Wir diskutieren und formulieren Vorstellungen von Wirtschaftspolitik, die eine Balance zu anderen Politikfeldern wie etwa der Sozial- oder Umweltpolitik herstellt, sodass unserer Wirtschaft eine solide Entwicklung ermöglicht wird.
- Wir wirken in die SPD hinein, indem wir unternehmerischen Argumenten eine Basis bieten, um das Politikfeld Wirtschaft aus Sicht sozial bewusster Unternehmerinnen und Unternehmer in der SPD zu besetzen.
- Wir tragen aus der SPD Argumente in die Unternehmerschaft hinein, weil unsere Wirtschaft und mit ihr die Gesellschaft nur dann prosperieren kann, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Wirtschaftspolitik beteiligt sind.

Nachdem wir uns in der vorvergangenen Wahlperiode vor allem mit dem sozialde-

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD

mokratischen Unternehmerleitbild befasst haben, standen die vergangenen zwei Jahre Themen, Wahlen und die Finanzkrise im Vordergrund. Gerade die Finanzkrise war Anlass, unser Selbstverständnis als sozialdemokratische Unternehmerinnen und Unternehmer zu überprüfen und – wenn man so will – nachdrücklich zu bekräftigen.

IV. Unsere Themen und Termine

- Förderung der Fort- und Zweitbildung für mittelständische Unternehmen.
- Wie muss ein Konjunkturpaket aussehen, um dem Mittelstand zu nutzen?
- Familie und Beruf. Ein Thema für Mittelstand und freie Berufe?
- Was macht das Leben des Unternehmens leichter?
- Marktgerechte Studienangebote für mittelständische Unternehmen?
- „Neue“ Medien für Selbstständige. Entwicklungen und Perspektiven.
- Soziale Absicherung prekärer Selbstständigkeit.

In 2009, 2010 und 2011 haben wir insgesamt zehn Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und Tagungen, teilweise gemeinsam mit dem Landesvorstand, geplant und durchgeführt. Nicht alles, was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir auch durchführen. Stattdessen gingen wir, u. a. veranlasst durch aktuelle politische Ereignisse, aber auch immer wieder über unsere Planungen und die o. a. Inhalte hinaus.

Nachdem sich der neue Vorstand am 9. Februar 2009 konstituiert hatte, beschäftigte uns im Anschluss an das Konjunkturpaket der Bundesregierung am 16. April 2009 die Frage, wie ein Konjunkturpaket aussehen muss, das dem Mittelstand nutzt. Viele innovative KMU haben das Problem, wie sich Beschäftigte entsprechend ihren neuen, spezifischen Bedürfnissen fort- und wei-

terbilden – „zweitbilden“ – lassen. Der Vorstand hat sich mit dieser Frage am 18. Juni und 25. August sowie schwerpunktmäßig anhand eines Referats aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder am 6. Oktober 2009 unter dem Titel „Förderung der Fort und Zweitbildung für mittelständische Unternehmen“ beschäftigt. Am 2. Dezember 2009 befasste sich der Vorstand unter anderem mit einer Analyse der Bundestagswahlen und den politischen Aspekten eines „Kohlekreislaufgesetzes“, von dem besondere Auswirkungen umweltpolitischer und sozialpolitischer Art zu erwarten sind. Am 22. Februar 2010 mussten sich Vorstand und Jahresmitgliederversammlung verschiedenen Vorgängen auf Bundesebene widmen, durch die der Bezirk die Wirksamkeit seiner Arbeit beeinträchtigt sah. Diese Schwierigkeiten – auf Bundesebene – sind zwischenzeitlich behoben. Am 10. Mai 2010 diskutierte der Vorstand anhand eines Referats „Sozial verantwortliches Unternehmertum“ und aus Anlass – nicht zuletzt – der Finanzkrise über Grund und Grenzen sowie Voraussetzungen und Konsequenzen unternehmerischer Unverantwortlichkeit. Der Vorstand bekannte sich zur Freiheit unternehmerischen Handelns als Grundlage wirtschaftlichen Erfolgs, sah diese Freiheit und diesen Erfolg jedoch durch ihren Missbrauch gefährdet.

Zusammen mit dem Landesvorstand beschäftigte sich der AGS-Bezirk auf mehreren Klausurtagungen des Weiteren mit den Zielen und Strategien einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik für Niedersachsen, den Fragen und Problemen einer aktiven Finanzmarktpolitik und – im Rahmen von Konjunkturmaßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise – mit akuten Problemen des Mittelstands und sozialdemokratischen Vorschläge zu ihrer Lösung.

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD

Ein Highlight war sicher die Unterstützung von Frank-Walter Steinmeier im Internet zur letzten Bundestagswahl, an der sich viele Mitglieder des Bezirks aktiv beteiligt haben.

V. Ausblick

Der AGS-Bezirk Hannover, dessen Vorstand grundsätzlich öffentlich tagt, hat sich in der letzten Wahlperiode als sehr diskussionsfreudig, aber auch anfällig gegen akut erhöhte berufliche Anforderungen einzelner Vorstandsmitglieder gezeigt. Die thematischen Diskussionen waren regelmäßig gut besucht, inhaltsreich und spannend. Sie konnten aber nicht immer so durchgeführt werden, wie sie geplant waren, entweder weil Referenten kurzfristig ausfielen oder weil fest gebuchte Tagungsräume kurzfristig wegfielen oder aus anderen Gründen.

Nicht immer war es dem Vorstand möglich, solche Rückschläge angemessen auszugleichen. Gleichwohl hat der große Bedarf an politischer Auseinandersetzung die konkrete Arbeit in den vergangenen 2 Jahren nachhaltig geprägt.

Fazit:

Zwar wird die Vorstandsarbeit durch die vielen Verpflichtungen, die eine Unternehmertätigkeit mit sich bringt, immer wieder belastet. Dem stehen jedoch eine hohe Motivation und die Bereitschaft gegenüber, sich gegenseitig zu unterstützen. Hieran muss die künftige Arbeit unseres Teams anknüpfen.

Prof. Dr. Ulrich Hammer
Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

„Von guter Arbeit – kann man leben“

Im Oktober 2009 wurde die Bundestagswahl analysiert bei der die SPD am 27. September leider eine herbe Schlappe hat hinnehmen müssen. Wir alle waren uns einig, ein „weiter so“ durfte es nicht geben. Im darauf folgenden Zeitpunkt wurden die Nachbereitungen des Bezirksparteitag vom 31. Oktober 2010 und die Vorbereitung für die Bezirkskonferenz im Februar 2010 getroffen.

Die Besetzung des AfA-Bundesausschusses wurde diskutiert und das weitere Vorgehen hinsichtlich der Beanspruchung eines Platzes im Bundesvorstand abgestimmt. In diesem Zusammenhang stellte der von Michael Schiefer vorgetragene Wunsch, dass es zukünftig für die AfA einen festen Platz in SPD-Landesvorstand geben möge und die AfA über volles Stimmrecht verfügen möch-

te, auch das Ergebnis dar, für das sich die Mehrheit der Mitglieder des Bezirksvorstandes entschieden. Es wurde des Weiteren vereinbart, dass nur in diesem Falle die bisherige Regelung seitens der AfA im Bezirk Hannover, auf einen Platz im AfA-Bundesvorstand zu verzichten, fortgesetzt wird.

Faurecia und Continental

Die Situation um die Firma „Faurecia“ in Stadthagen wurde ebenso betrachtet wie Situation bei „Continental“ in Hannover, wo das Abfindungsprogramm im Conti-Nutzfahrzeugreifenwerk Hannover-Stöcken auf großes Interesse stieß. Das Unternehmen „Faurecia“ in Stadthagen gehört zum Peugeot-Konzern und arbeitet schwerpunktmäßig für Volkswagen und Audi. Aktuell sind hier 1.700 Mitarbeiter beschäftigt, davon rund 370 im gewerblichen Bereich. Der

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Autozulieferer „Faurecia“ versucht leider immer wieder Stellen abzubauen.

Der alte und neue Bezirksvorsitzende Markus Brinkmann konnte zu der **Bezirkskonferenz** am 6. Februar 2010 in Hannover neben den Delegierten als Gäste

- Dr. Gerd Andres,
- Günter Lenz,
- Hartmut Tölle,
- Bernd Lange,
- Ronald Schminke,
- Stefan Schostok,
- Michael Deister und
- Dr. Dirawe (Continental AG) begrüßen.

Zusammen mit dem Vorstand und unterschiedlichsten Gästen wurden im Jahr 2010 neben einem ebenfalls im Februar 2010 durchgeführten **Betriebsräteforum** mit Ulrich Freese in Sarstedt, der Teilnahme am Bundeskongress in Potsdam vom 16. bis 18. April 2010, einem zweitägigem Seminar im August in der HVHS-Springe insgesamt neun Vorstandssitzungen durchgeführt. Die Beendigung des Missbrauches von Leiharbeit zu Tarifflicht und Lohndumping war eines der durchgängigen Themen des Jahres 2010.

Der Einladung des AfA-Vorsitzenden im SPD-Bezirk Hannover, Markus Brinkmann, MdL zur **Diskussion „Politik für gute Arbeit“** mit Olaf Lies und Stefan Schostok waren am Montag den 02. August 2010 mehr als 70 Genossinnen und Genossen u.a. aus Hülse im Landkreis Schaumburg und Eimbeckhausen im Landkreis Hameln-Pyrmont gefolgt.

Im Jahr 2011 hatten wir bisher drei Vorstandssitzungen. Auch bei diesen Sitzungen ging es immer wieder darum, dass „Bürgernahe Politik“ für die AfA nicht nur ein Motto ist,

sondern Voraussetzung für eine gute politische Arbeit. Es sind aktuell **Betriebsbesichtigungen** in Nienburg und ein oder zwei weitere Veranstaltungen in der Planungsphase.

Getreu dem Leitmotiv „Starke Kommunen – starkes Land!“ ist die AfA im SPD-Bezirk Hannover in das **Kommunalwahljahr 2011** gestartet. Wir werden im Vorfeld der Kommunalwahl am 11. September 2011 besonders intensiv mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Niedersachsen über unsere Vorschläge und Konzepte diskutieren. Es geht um die Frage, wie wir in den Gemeinden, Städten und Landkreisen die besten Rahmenbedingungen für ein gute, sichere und solidarische Arbeitsplätze gewährleisten können. Dabei wollen wir offen, engagiert und mit Zuversicht für unsere Konzepte und eine Wahlteilnahme werben. Und wir wollen die Menschen überzeugen, dass nicht nur die Zukunft unserer Kommunen bei der SPD am besten aufgehoben ist, sondern nur durch uns bei „Gleichem Lohn für gleiche Arbeit!“, dem unveränderten Kündigungsschutz und einer betrieblichen Mitbestimmung ein Zusammenleben so sorgenfrei möglich sein wird, wie wir es alle gerne hätten.

Neue Zeiten, neue Entwicklungen bedürfen neuer Lösungswege, hier verschließen wir uns nicht. Sie müssen aber ausgewogen sein und dürfen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht einseitig belasten.

Denn eines ist klar: „Von guter Arbeit – kann man leben.“

Markus Brinkmann MdL
Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Gewählter Vorstand am 2. Oktober 2010 in Hannover

Vorsitzende:

Regina Haut (UB Celle)

Stellvertreterinnen:

Waltraud Friedemann (UB Hildesheim)

Annette von Pogrell (UB Celle)

Beisitzerinnen:

Nadine Adam (UB Göttingen)

Ines Albrecht-Engel (UB Göttingen)

Helmi Behbehani (UB Göttingen)

Inga Bohr (UB Region Hannover)

Brigitta Franke (UB Region Hannover)

Christel Freese (UB Hildesheim)

Andrea Gaedecke (UB Region Hannover)

Grazyna Gintner (UB Region Hannover)

Katja Hufschmidt-Bergmann (UB Celle)

Kirsten Martens (UB Hameln-Pyrmont)

Luzia Moldenhauer (UB Diepholz)

Andrea Riedel-Elsner (UB Göttingen)

Astrid Schlegel (UB Diepholz)

Aktivitäten

- Klausurtagungen
- ASF Bundesvorstand (Regina Haut)
- ASF Landeskonferenz in Braunschweig
- ASF Bundeskonferenz 2010 in Bad Godesberg
- ASF Landesvorstandssitzungen (Annette von Pogrell, Brigitta Franke, Waltraud Friedemann, Regina Haut)
- Öffentliche Veranstaltung zur Pflege am 10. März 2010
- Öffentliche Veranstaltung zum Gesetzentwurf der Präimplantationsdiagnostik am 15. Februar 2011

Strategische Ziele

- Frauenpolitische Ziele und Inhalte in die Wahlkämpfe einbringen
- Frauenpolitische Schwerpunkte schärfen
- Wählerinnen wieder gewinnen

- Frauenpolitisches Image offensiv transportieren
- Kampagnenfähige und medienwirksame Schwerpunkte setzen
- Machtpositionen über Inhalte und Positionen einnehmen

Themen

Bildung

Forderungen, die inhaltlich bearbeitet werden müssen:

Es beginnt mit einer Qualitätsoffensive in den KITA, wir fordern mehr flexible Eingangsstufen in Grundschulen, Kinder mit Behinderungen sollen integriert werden, die Hürden zur Einrichtung einer Gesamtschule sollen abgebaut werden, die Studiengebühren sollen abgeschafft werden, Gesellinnen soll der Zugang zur Hochschule ermöglicht werden.

Mindestlohn in der Pflege – gute Pflege

Im Bereich Pflege sind es die Themen „Gute Arbeit“ (bessere Arbeitsbedingungen, weniger Berufsabbrecherinnen), „Gute Ausbildung“ (Erhöhung der Fachkräftequote), „Gute Bezahlung“, Erhöhung der Qualität und Aufwertung des Pflegeberufes, an denen wir inhaltlich gearbeitet haben.

In diesem Rahmen organisierten wir eine öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Gute Pflege – gute Arbeit“.

Zur Bundeskonferenz brachten wir Anträge zum Thema Pflege, zum Recht auf alternierende Telearbeit, zum Betreuungsgeld, zur Beteiligung von Frauen in Afghanistan auf dem Weg zur Demokratisierung der afghanischen Gesellschaft und zur Delegiertenquote auf Parteitage ein.

Beschluss des Landesparteitages zu den „Doppelstrukturen“

Die ursprüngliche Absicht, die „Doppelstrukturen“ der Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene zugunsten der Arbeit auf Lan-

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

desebene aufzugeben, hat die Arbeit belastet. Es liegt der Beschluss des Landesparteitages vom Mai 2010 vor, der die Arbeit auf beiden Ebenen nicht mehr vorsieht.

Der Vorstand hat beschlossen, den ASF Landesvorstand zu unterstützen, um die ASF auf Landesebene sprachfähig und aktiv zu erhalten. Darüber hinaus wünschen wir eine angemessene und stärkere regionale Vertretung im ASF Landesvorstand. Über die Organisationsform wird zu entscheiden sein.

Jahresplanung 2011

Auf der Bezirkskonferenz 2010 haben die AsF – Frauen inhaltliche Schwerpunkte be-

nannt, davon werden in diesem Jahr bearbeitet:

- Frau und Arbeitsmarkt
- Betriebsbesichtigung bei VW Stöcken am 11. Mai 2011 und Gespräch mit der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden
- In der Planung sind Kontakte zu Conti Hannover und zu VW Wolfsburg.
- Inklusion (Fachtagung im Herbst geplant)

Regina Haut
Vorsitzende

SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Aktiv Mitentscheiden. Mitmachen.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus im SPD-Bezirk Hannover ist eine der mitgliederstärksten Arbeitsgemeinschaften in der Partei. Ihre Mitglieder sind aktiv, sie entscheiden mit und mischen sich ein.

Auf der Bezirkskonferenz der AG 60 plus im Bezirk Hannover am 25. September 2010 wurde in Uelzen ein neuer Vorstand gewählt. Der Genosse Horst Stenzel aus dem SPD- UB Uelzen-Lüchow- Dannenberg wurde zum Vorsitzenden von den Delegierten wieder gewählt. Dem Vorstand gehören 24 Genossinnen und Genossen an.

Zum 60 plus-Bezirk-Hannover gehören 13 Unterbezirke diese sind:

- Landkreis Harburg
- Lüneburg

- Uelzen/Lüchow-Dannenberg
- Celle
- Region Hannover
- Hildesheim
- Northeim-Einbeck
- Göttingen
- Holzminden
- Hameln-Pyrmont
- Schaumburg
- Diepholz und
- Nienburg.

Alle 13 Unterbezirke sind im Vorstand vertreten, dieser tagt regelmäßig, spätestens alle zwei Monate.

Der 60plus Bezirksvorsitzende besuchte auf Einladungen der 60plus Unterbezirke die Genossinnen und Genossen in Nienburg, Hannover-Laatzten, Buchhagen- Bodenwerder und UB-Landkreis Harburg/Maschen

SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus

und nahm dort an den sehr gut besuchten Veranstaltungen der SPD Senioren/Innen teil.

An 60plus Landesausschuss, SPD-Bezirksvorstands-Sitzungen, sowie 60plus-Bundesausschuss-Sitzungen nehmen Genossen des 60plus Bezirksvorstandes teil.

Unser 60plus-Bezirk stellte ab Januar 2010 nach dem Rotationsprinzip für zwei Jahre den Landessprecher der AG 60plus. In dieser Funktion nahm der 60plus Bezirksvorsitzende an Landesvorstandssitzungen, Tagungen und Parteitag teil.

Zu den **Aktionstagen den „Tag der älteren Generation“** und weiteren politischen Anlässen, wie „Internationaler Frauentag“ „1. Mai“ usw. veranstalteten die Genossinnen und Genossen in den Unterbezirken tolle Aktionen und zeigten somit der Öffentlichkeit, dass Senioren/Innen sich in die Tagespolitik einmischen (siehe hierzu die 60plus-Dokumentation zu den Aktionstagen)

60plus Genossinnen und Genossen beteiligten sich aktiv und sehr engagiert an allen anstehenden **Wahlkämpfen vor Ort**. Über diese Veranstaltungen berichtet vielerorts die Lokalpresse. Auch hier gilt mein Dank allen beteiligten Genossinnen und Genossen für ihren engagierten Einsatz. Hier kämpften unsere Genossen/Innen für die Ziele und Vorstellungen und deren Umsetzung einer modernen Sozialdemokratie.

Die Senioren unserer Bezirks-Arbeitsgemeinschaft stellten zahlreiche politische-aktuelle Anträge. Mit diesen Anträgen reagieren unsere Genossen / Innen auf die

tägliche politische Herausforderung, hier spiegelt sich die politische Arbeit wieder.

Der massive Sozialabbau der schwarz-gelben Regierung hat viele Menschen hart getroffen. Wir Senioren/Innen wehren uns gegen Rentenkürzungen, niedrige Löhne und wachsender Armut auch im Alter.

Das derzeitige von Kostengesichtspunkten geprägte Altersbild muss abgelöst werden durch ein Verständnis von Alter, das in erster Linie die Potenziale älterer Menschen und ihre möglichen Beiträge für die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der Teilhabe weder vom Alter, den finanziellen Möglichkeiten, noch von Bildungschancen oder dem Wohnort abhängt.
- Unser Ziel ist, dass Diskriminierung aufgrund des Lebensalters bald der Vergangenheit angehören.
- Wir fordern einen aktiven Sozialstaat, der Sicherheit und Gerechtigkeit für alle gewährleistet.
- Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die niemanden im Stich lässt.
- Die AG 60plus setzt sich für den Erhalt und der Stärkung des Sozialstaates ein, denn gemeinsam können wir Deutschland stärker, moderner und solidarischer machen.

Mit sozialistischen Grüßen wünsche ich dem SPD-Bezirksparteitag einen erfolgreichen Verlauf.

Horst Stenzel
Vorsitzender

Jusos

Vorstandsperiode 2009 - 2010

In der Vorstandsperiode 2009 bis 2010 haben die Jusos im Bezirk Hannover auf niedrigem Niveau einige Veranstaltungen durchgeführt, hervorzuheben ist dabei die 2-tägige Herbstakademie. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den beiden Wahlen fand nicht statt. Im Laufe des Jahres trat ein großer Teil des Bezirksvorstandes zurück oder nicht mehr in Erscheinung. Dies führte bei den turnusgemäßen Neuwahlen im April 2010 zu Neuwahlen fast aller Vorstandsmitglieder.

Vorstandsperiode 2010 – 2011

Auf der Bezirkskonferenz 2010 unter dem Motto: „Mit neuer Kraft voraus!“ wurde Daniel Brunkhorst zum neuen Sprecher gewählt. Frank Straßburger wurde neuer Bezirksgeschäftsführer, Rebecca Lühmann, Jasmin Osman, Lutz Hintze (wiedergewählt) und Lisa van der Zanden wurden ebenfalls Mitglieder des SprecherInnenkreises. Der neue Bezirksvorstand hat insbesondere die Kooperation mit dem Beirat und den Unterbezirken gesucht und Maßnahmen zur Transparenz umgesetzt. Dadurch konnte die Beteiligung aller Jusos deutlich gesteigert werden. Daneben wurde erfolgreich die Vertretung des Bezirks auf Juso-Landes- und Bundesebene organisiert. Das Engagement auf Landesebene führte zum Erfolg einer neuen Richtlinie der Jusos in Niedersachsen, die die Abschaffung der Bezirke vorbereitet. Der Bundeskongress und die Landeskongress der Jusos sind mit verbandsoffentlichen Seminaren vorbereitet worden. Die vom Bezirk Hannover gestellten Anträge wurden beschlossen.

In 2010 und 2011 sind eine Reihe von erfolgreichen Seminaren organisiert worden. Dazu gehörten ein Marx-Seminar, die Herbstakademie, bei der eine Vielzahl von

Referenten Tipps für die theoretische und praktische Arbeit, das Vorbereitungsseminar zum Bundeskongress, ein Strömungsseminar und das Feminismus-Seminar. Mit der Bezirks-Konferenz 2011 haben in der Vorstandsperiode über 250 Übernachtungen von Jusos auf Seminaren stattgefunden. Bei einigen Seminaren musste der Bezirksvorstand mit Wartelisten arbeiten. Dazu kommen Tagesveranstaltungen des Bezirksvorstands – die Verbandstage - zu aktuellen oder klassischen Themen, die insgesamt ungefähr 400 TeilnehmerInnen zu verzeichnen hatten. Dabei hatten wir Referenten unter anderem aus dem Bereich: Ver.di Jugend, IGBCE, DGB Niedersachsen, Die Falken, Greenpeace, sowie MdEPs, MdBs und MdLs geladen.

Der Bezirksvorstand hat eine Reihe von Anträgen beschlossen. Zu aktuellen politischen Ereignissen (Bsp. Fukushima) und historischen Gedenktagen (Bsp. Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) sind diese stets auf der Homepage veröffentlicht worden. Der Bezirksvorstand hat in die Aufstellungsverhandlungen in den Unterbezirken eingegriffen und mit einem Offenen Brief für Juso-Kandidaturen geworben. Alle drei Formen haben viele Reaktionen hervorgerufen.

Durch eine stetige Pflege der Homepage sind die Zugriffszahlen auf bis zu 12.000 Zugriffe pro Monat gestiegen. Auf Twitter haben wir 327 Tweets veröffentlicht und mittlerweile knapp 260 Follower. Der Bezirksvorstand ist auch auf Facebook aktiv und hat dort alle Infos eingestellt.

Der Bezirksvorstand hat zu Demos aufgerufen und dazu auch gemeinsame Anfahrten organisiert. Zu den Demos gehörten unter anderen: Anti-AKW-Demo Berlin (inkl.

Jusos

Busanfahrt über Bezirk), Dresden Nazifrei Christopher Street Day, Anti-Nazi Demo Bad Nenndorf, Demo gegen das Versammlungsgesetz, Gedenktag Hiroshima, Aktionstag AtomAlarm.

Zentrale inhaltliche Auseinandersetzungen bei den Jusos im Bezirk Hannover waren die Frage zur Zentralität der Arbeit, Fragen zur Gleichberechtigung der Frauen, die Auseinandersetzung mit den Bundeswehreinheiten im Ausland, die Frage von einem sozialen und (nicht weiter) abgeschotteten Europa, die Erarbeitung eines Steuerkonzepts, eines Rentenkonzepts, die Abwehr der Extremismusklausel, der Umbau der Energieproduktion auf nachhaltige Konzepte und die Auseinandersetzung mit den Kommunalwahlen 2011. Dem Bezirksparteitag liegen eine Reihe von Anträgen der Jusos vor, so dass diese am besten Rechenschaft über Ausrichtung und Niveau der Arbeit geben.

Vorstandsperiode 2011 – 2012

Am 16. April 2011 fand die Juso-Bezirkskonferenz 2011 unter dem Motto: „Unser Fortschritt ist links!“ auf dem Bückeberg statt.

Nach dem Wechsel vom SprecherInnen-Modell zum Vorsitzenden-Modell ist Daniel Brunkhorst zum Vorsitzenden gewählt worden. Lars Drebold, Fritz Hartmann, Hannes Keune, Franziska Klingner, Leonard Kunt-scher, Matthias Pieper, Cornelia Seiberl und Lisa van der Zanden sind stellvertretende Vorsitzende. Zum Zeitpunkt des Parteitages wird der neue Vorstand schon ein Seminar zum Thema Gesellschaftsanalyse in Zusammenarbeit mit Vertretern des Instituts für Regionalforschung und des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen durchgeführt haben, zu den Anti-AKW-Demos am 25. April aufgerufen und den Kohletagebau in Helmstedt besucht haben. Für 2011 sind ein Basiskongress, die Teilnahme am IUSY-Festival, einige Seminare darunter das dreitägige Herbstplenum (nicht mehr Akademie) und die inhaltliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen geplant

Mehr Infos zu den aktuellen Projekten der Jusos sind unter www.juso-bezirk-hannover.de zu finden.

Daniel Brunkhorst

Arbeitskreis Tierschutz

Der AK Tierschutz der SPD Bezirk Hannover veranstaltet u.a jedes Jahr den so genannten „Tag der Tierschützer“ (in 2011 am Samstag, dem 27. August 2011 Hannover/Steintorplatz). Dazu sind alle Tierschutzorganisationen eingeladen um sich zu präsentieren. Wir vom AK sehen uns als Plattform um die verschiedenen Vereine zusammen zu bringen und das der Tierschutzgedanke mehr in die Bevölkerung gelangt. Der ein oder andere Skandal schreckt die Bürger auf, danach wird wieder das billigste Fleisch

nachgefragt. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit dem Thema Kastration der frei lebenden Katzen.

Wir stehen in Kontakt mit dem Zoo Hannover, wir haben vorletztes Jahr den Schlachthof Hannover besucht. Zusammengefasst: Wir versuchen das große Tierleid, was leider täglich in diesem Lande tagtäglich passiert, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu mindern.

Jürgen Held

Gesprächskreis „SPD und Kirche“

Der Gesprächskreis „SPD und Kirche“ wendet sich gleichermaßen an Menschen, die in den Kirchen tätig, sozial engagiert und der SPD freundschaftlich verbunden sind, wie an Mitglieder der SPD, die ihr politisches Engagement von ihrem christlichen Glauben her begründen.

Der Gesprächskreis „SPD und Kirche“ ermöglicht Begegnungen, bietet Informationen sowie Beratungen an und verfolgt Diskussionen, die für die Partei und für die Religionsgemeinschaften von Bedeutung sind.

Als Sprecher des Gesprächskreises fungieren Gabriele Lösekrug-Möller MdB, Hildgard Minthe und Benno Haunhorst. Die Arbeit wird koordiniert von einem „Vorbereitungskreis“.

Es werden zwei Veranstaltungsreihen mit unterschiedlichen Profilen durchgeführt: „Nach der Arbeit im Gespräch mit ...“ findet in unregelmäßigen Abständen am späten Nachmittag statt und widmet sich kontroversen aktuellen Themen. Das „Forum SPD und Kirche“ behandelt Grundsatzfragen. Diese Veranstaltungen finden in der Regel im Landtag statt. Manche Treffen werden in Kooperation mit Partnern aus den Kirchen durchgeführt. Einige Mitglieder sind auch auf der Bundesebene aktiv.

2009

7. Februar

Detlef Dzembitzki MdB
P. Jonathan Göllner OSB
Was ist los im Kaukasus?

27. Juni

Prof. Rolf Wernstedt
Prof. Dr. Jürgen Manemann:
Was heißt heute links?

29. Oktober

Dr. Wolfgang Kessler: Geld oder Leben?
Vom Chaos des Finanzsystems zu einer gerechten Finanzwelt.

Überregionale Aktivitäten:

Beteiligung am Stand und an den Treffen der Partei auf dem Ev. Kirchentag in Bremen

Mitarbeit von Benno Haunhorst bei der Gründung des „Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD“ in Berlin und bei der

Erstellung der Broschüre für den Bundeswahlkampf „Eine neue Epoche des WIR statt des ICH. 10 gute Gründe für Christinnen und Christen zur Wahl einer sozialen und demokratischen Politik“.

Benno Haunhorst wurde zu einem der vier Bundessprecher gewählt.

2010

Der Gesprächskreis „SPD und Kirche“ führte in diesem Jahr keine eigenen Veranstaltungen im Bezirk Hannover durch, sondern beteiligte sich an mehreren bundesweiten Aktivitäten der Partei:

19., 20. März

Brauchen wir neue Begründungen für Solidarität?, Berlin

12. bis 16. Mai

Mitarbeit am Stand und den Veranstaltungen der Partei auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München.

9. November

Beteiligung beim Empfang der Partei anlässlich der Tagung der EKD- Synode in Hannover

Zudem wirkte Benno Haunhorst bei der Erstellung der Broschüre des Arbeitskrei-

Gesprächskreis „SPD und Kirche“

ses Christinnen und Christen in der SPD
„Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“
(Mai 2010) mit.

1. bis 5. Juni
Beteiligung am Ev. Kirchentag in Dresden

2011

8. April
Brauchen wir eine neuer Balance von
Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaf-
ten?, Berlin

Gabriele Lösekrug-Möller MdB
Hildegard Minthe
Benno Haunhorst

20. Mai
Präses Nikolaus Schneider, Vorsitzender
des Rates der EKD-Synode: Suchet der
Stadt Bestes, Hannover

Netzwerk „Selbst Aktiv“ – Behinderte Menschen in der SPD

Politische Mitbestimmung nach der UN-Behindertenrechtskonvention verwirklichen

Das Inkrafttreten der UN-Behin-
dertenrechtskonvention, einer
Menschenrechtskonvention, hat die Arbeit
von „Selbst Aktiv“ in Zusammenarbeit mit
vielen sozial und demokratisch orientierten
Bürgerinnen und Bürgern in den letzten
zwei Jahren beansprucht. Sie ist am 26.
März 2009 in Kraft getreten und der ers-
te Staatenbericht hätte am 25. März 2011
von der Bundesregierung vorgelegt werden
müssen. Bisher Fehlanzeige! Geplant ist
nun der Mai 2011.

In enger Kooperation mit sozialdemokrati-
schen Meinungsträgern, wie Olaf Lies, Ste-
fan Schostok, Uwe Schwarz und Gabriele
Lösekrug-Möller haben wir hier an Inhalten
für Niedersachsen gearbeitet. Durch geziel-
te Aktivitäten haben wir die jetzige Beweis-
lastumkehr zu Gunsten behinderter Men-
schen in den Bereichen inklusive Bildung,
Barrierefreiheit, inklusiver Arbeitsmarkt

sowie öffentlicher Personennahverkehr
durch unsere Präsenz in Partei, Behinder-
tenverbänden und Mitbestimmungsgre-
mien behinderter Menschen gezielt ge-
fordert. Beweislastumkehr, angemessene
Vorkehrungen, aber insbesondere die Parti-
zipation, d.h. Mitbestimmung behinderter
Menschen haben konkrete gesellschaftliche
Auswirkungen.

Diese **Scharnierfunktion** von „Selbst Ak-
tiv“, von behinderten Menschen und so-
zialdemokratischer Politik haben wir u. a.
durch zwei gemeinsame Termine mit Be-
hindertenvertretern und deren Organisa-
tionen mit dem Landesvorsitzenden Olaf
Lies, sowie dem Vorsitzenden der SPD-Land-
tagsfraktion, Stefan Schostok, als Gastrefe-
renten bei der Tagung Nord von „Selbst
Aktiv“, in Hannover, dokumentiert und
praktiziert.

Über unsere Arbeit wird von Thomas Harms
regelmäßig Protokoll geführt.

Netzwerk „Selbst Aktiv“ – Behinderte Menschen in der SPD

Die **direkte Teilhabe behinderter Menschen** wird in Niedersachsen durch das Mitwirken von unseren Mitgliedern auf Unterbezirks-, Bezirks-, Landes-, sowie im Rahmen des Bundesvorstandes überzeugend dargestellt. Mitbestimmung wird zurzeit auf der Ebene von Hannover-Stadt durch zwei stimmberechtigte Mitglieder von „Selbst Aktiv“ belegt.

Ein bundesweit einzigartiger qualitativer Schritt ist dem Bezirk Hannover dadurch gelungen, dass beim kommenden Bezirksparteitag erstmalig „Selbst Aktiv“ mit zwei stimmberechtigten Mitgliedern direkt am Parteitag mitbestimmen kann. Bundesweit, bei allen Parteien – zur Nachahmung empfohlen!

Aktuell begleiten wir gerade die niedersachsenweiten Initiativen für ein **inklusives Bildungssystem**, schalten uns aktiv bei der Überprüfung des Landesgleichstellungsgesetzes ein und arbeiten vor Ort in anderen Funktionen an Landes- und lokalen

Aktionsplänen für Niedersachsen mit. Im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention soll das soziale Niedersachsen von uns behinderten Menschen wesentlich mit vorbereitet, geplant und umgesetzt werden. Auf diesem Hintergrund wollen wir uns auch an den Vorbereitungen zu Bezirks-Landesprogrammen, sowie dem Landeswahlprogramm zur bevorstehenden Landtagswahl aktiv beteiligen.

Die Grundaussage der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent verfolgen heißt die von behinderten Menschen mit konzipierten Teilhabeprogramme müssen von behinderten Menschen selbst auch auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene direkt vertreten werden können. **Politische Mitbestimmung** muss sich hier auch künftig widerspiegeln und die SPD hat im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention hierfür angemessene Vorkehrungen zu treffen.

Karl Finke
Sprecher Von „Selbst Aktiv“

Bernd Lange MdEP

Heute sind im Europäischen Parlament nur 186 Abgeordnete von 736 (25 Prozent) in der sozialdemokratischen Fraktion (S&D). Hinzu kommt, dass in der zweiten Kammer, dem Ministerrat es von den 27 Regierungen nur vier sozialdemokratische (Portugal (geschäftsführend), Spanien, Griechenland und Slowenien) gibt, sowie eine große Koalition mit sozialdemokratischem Regierungschef in Österreich. Die EU-Kommission ist mit 12 konservativen KommissarInnen (incl. Präsident), neun liberalen und sechs sozialdemokratischen besetzt.

Diese Lage ist besonders heikel, da mit dem **Lissabonvertrag** vom 1. Dezember 2009 dem EP viele neue Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sind, z.B. ist jetzt das EP in fast allen Bereichen Gesetzgeber, neue relevante Politikbereiche wie die Handelspolitik fallen in die Kompetenz des EP und es hat das volle Haushaltsrecht. Heute werden die vielen europäischen Gesetzgebungen, die unser tagtägliches Leben bestimmen, im demokratischen Prozess in Brüssel entschieden.

Bei der Europawahl am 7. Juni 2009 kam die SPD niedersachsenweit auf 27,3 Prozent

Bernd Lange MdEP

der Stimmen. Bundesweit erreichte die SPD einen Stimmenanteil von 20,8 Prozent. Aufgrund der Bundesliste konnten lediglich zwei SPD-Europaabgeordnete aus Niedersachsen in das Europäische Parlament (EP) einziehen und aus dem Bezirk Hannover leider nur einer. Aus niedersächsischer Sicht hätten es bei dem überdurchschnittlichen Niedersachsenergebnis für die SPD mindestens drei sein müssen. **Die SPD sollte bei den nächsten Europawahlen Landeslisten einführen!**

Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse sind **sozialdemokratische Politiken nur schwer durchzusetzen** und neoliberale Positionen dominieren die EU. Dies zeigen die jüngsten Diskussionen über die finanz- und wirtschaftspolitische Koordination sehr deutlich. Eine Überbetonung der Haushaltskonsolidierung läuft einer rationalen Konjunkturpolitik zuwider. Stetes Drängen nach Strafe und Sanktionen ist Gift für eine Entwicklung einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Strategie und spaltet. Zur Begleitung der notwendigen Haushaltskonsolidierung brauchen wir parallel mehr Steuerkoordinierung (u.a. eine einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage), eine europäische Finanztransaktionssteuer, eine gemeinsame Strategie gegen Steuerhinterziehung und die Förderung gerechter Einkommenssteuersysteme. Dazu gehören die Einbeziehung der Sozialpartner und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Auch Vorschläge zur Erweiterung der Mitbestimmung von Europäischen Betriebsräten und von ArbeitnehmervertreterInnen in Aufsichtsgremien, die Möglichkeit grenzüberschreitender Tarifverträge, eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie wären nötig um Lohn und Sozialdumping zu verhindern, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss



gelten. Die vorherrschende Politik hat zur Folge, dass der soziale Friede innerhalb der EU gefährdet ist. In der globalisierten Welt muss sich die EU als starke Gemeinschaft behaupten. Wir lassen nicht locker und streiten für eine fortschrittliche EU-Gesetzgebung.

Meine Politische Schwerpunkte im Europäischen Parlament:

Im EP bin ich Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und Mitglied der Delegation für die Beziehungen der EU zu Südafrika.

Nachhaltige Industriepolitik

Um auch zukünftig gute und qualifizierte Arbeitsplätze in Europa zu haben, brauchen wir eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und eine nachhaltigen Erneuerung der industriellen Basis. Wesentlich für mich ist, dass alle EU-Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Industrie haben, im Vorfeld abgestimmt werden. Dies macht eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich. Die europäische Industrie muss ihre Führungsposition in den Schlüsselsektoren erhalten. Klar muss sein, dass die Wertschöpfung innerhalb der EU selbst erfolgt und damit Arbeitsplätze in der EU gestärkt werden. Ich trete ein für mehr For-

Bernd Lange MdEP

schung und Innovationen, Stärkung der Investitionstätigkeit, besseren Umgang mit Rohstoffen und Energie, rechtzeitiges und aktives Umstrukturieren, Förderung neuer Märkte, gute Arbeit, Qualifikationsentwicklung und stärkere Mitbestimmung der Beschäftigten.

Im Juni 2010 wurde ich vom Europäischen Parlament zum **Berichterstatter für Europäische Industriepolitik** ernannt. Anfang März 2011 wurde mein Bericht vom Parlament mit großer Mehrheit angenommen. Zudem hat die sozialdemokratische Fraktion auf meine Initiative hin ein Positionspapier zur Industriepolitik verabschiedet.

Fairer Handel

Ich trete ein für internationale Handelsabkommen, die eine faire Grundlage für den Handel sind, der allen nutzt. Ein zentraler Hebel, um die Globalisierung gerecht zu gestalten ist eine faire Handelspolitik. Handel ist nicht ein Ziel an sich, sondern auch Bestandteil einer industriellen Strategie. Vernünftige Regelungen sind für viele Arbeitsplätze im exportorientierten Niedersachsen zentral. Für eine nachhaltige Produktion sind eine gerechte Arbeitsumgebung und -vergütung sowie verpflichtende Umweltnormen erforderlich. Ich setze mich dafür ein, dass dies in Handelsabkommen festgeschrieben wird, um Dumping und unlauteren Wettbewerb zu vermeiden. Handelsinitiativen wie „Transfair“ unterstütze ich besonders. Für die Sozialdemokraten habe ich die Verhandlungen über das Handelsabkommen mit Südkorea geführt, dem ersten Abkommen unter dem Lissabonvertrag. **Mobilität** Mir geht es um die Zukunftsfähigkeit der Mobilitätswirtschaft und des Automobils. Saubere, verbrauchsarme und recyclingfähige Autos sind für die Absicherung umweltverträglicher Mobilität unverzichtbar. Es geht darum, dass eine nachhaltige

Mobilität für alle unter Einschluss verschiedener Verkehrsmittel mit den bestmöglichen Beschäftigungseffekten geschaffen wird. Dies ist für Niedersachsen elementar, da hier jeder dritte Industriearbeitsplatz an der Automobilindustrie hängt. Außerparlamentarisch bin ich u.a. als Vorsitzender des Brüsseler Forums Automobil und Gesellschaft aktiv, das ich im Jahr 2000 mitgegründet habe.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Beides ist umweltpolitisch nötig, verringert die Abhängigkeit von Öl- und Kohleimporten und schafft viele neue Arbeitsplätze – gerade in Niedersachsen. Dies will ich durch europäische Initiativen weiter stärken. Hinzu kommen Initiativen zur Verbesserung der Energieinfrastruktur durch intelligent Netze und zum Vorantreiben einer Atomausstiegspolitik und einer verantwortungsvollen Lagerung des radioaktiven Abfalls. **Kommunale Daseinsvorsorge** Ich setze mich für mehr Handlungsmöglichkeiten vor Ort ein und streite gegen Zwangsliberalisierungen und Angriffe auf kommunale Selbstverwaltung sowie Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Südafrika

Immer deutlicher wird, dass um die gemeinsame Partnerschaft der EU mit Südafrika gerungen werden muss. Südafrika ist der wichtigste Handelnde auf dem afrikanischen Kontinent und steht in der Tradition des Freiheitskampfes. Nicht zuletzt versuchen Wettbewerber wie China in der Republik Südafrika einen stärkeren Einfluss zu nehmen. Die EU ist nach wie vor der wichtigste Partner Südafrikas. Beide Regionen haben eine lange Tradition guter und enger politischer wirtschaftlicher und Beziehungen, von der beide Seiten profitieren. Es ist deshalb wichtig, über einen partnerschaftlichen Dialog Meinungsverschiedenheiten

Bernd Lange MdEP

auszuräumen und die Partnerschaft weiter auszubauen.

Vor Ort

In den wenigen sitzungsfreien Wochen und am Rande der 42 Sitzungswochen bin ich so oft es geht im Bezirk und darüber hinaus unterwegs, besuche SPD-Gliederungen, nehme Einladungen als Referent innerhalb und außerhalb der Partei und viele weitere Termine wahr.

Aktuelle Infos über meine Arbeit in Europa für Niedersachsen findet Ihr hier:

Newsletter „Europa-Info“: <http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info/>
Ich informiere regelmäßig über Themen, die u.a. Niedersachsen, Beschäftigung und Arbeitnehmerrechte betreffen in dem elektronischen Newsletter „Europa-Info“. Dort erfahrt Ihr Aktuelles aus meiner Arbeit im EP und in Niedersachsen, Termin und weiterführenden Link-Tipps. Das Europa-Info ist eine gute Informationsquelle, um „europäisch“ auf dem Laufenden zu sein. – Ich freue mich, wenn Ihr auch zu den Leserinnen und Lesern gehört.

www.bernd-lange.de: Pressemitteilungen, Informationen, Termine, u.v.m.

Regelmäßige Bürgersprechstunde in Hannover: Der Termin wird jeweils auf der Internetseite und im Europa-Info veröffentlicht.
Regelmäßige Beiträge im Niedersachsenvorwärts.

Kontakt: Europabüro, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Telefon: 0511/1674-210, Email: mail@bernd-lange.de,

Mehr Europapolitik tut not

Das Ergebnis der finnischen Wahlen am 17. April hat erneut die Politik der Europäischen Union, ja vielleicht die EU an sich, in Frage gestellt. Mit dem Wahlerfolg der rechtspopulistischen „Wahren Finnen“ könnte das Rettungspaket für Portugal gefährdet sein.

U.a. mit klarer Euroskepsis und Forderung nach einem straffen Zuwanderungsrecht konnten die „Wahren Finnen“ über 20 Prozent der Stimmen erzielen.

Nicht nur in Finnland haben Rechtspopulisten in den letzten Jahren Erfolge erzielt. Immer spielten Europafeindlichkeit, Globalisierungsfurcht und Migrationsängste die entscheidende Rolle. Marine Le Pen und die FN sind zur Volkspartei in Frankreich erstarkt, Heinz-Christian Strache und die FPÖ stellen eine relevante Kraft in Österreich dar, Bart De Wever verhindert mit der Neuen Flämischen Allianz seit einem halben Jahr die Regierungsbildung in Belgien, Geert Wilders mit der Partei für die Freiheit hat in den Niederlanden Einfluss auf die Regierung, Pia Kjaersgaard mit der Dänischen Volkspartei sogar noch stärker und Gianfranco Fini mit seinen post-Faschisten aus der Alleanza Nazionale sind gar Regierungsmitglieder in Italien wie auch die neue Rechte mit der Lega Nord maßgeblich an der Regierung Berlusconi beteiligt ist. Und in Ungarn vollzieht sich durch Victor Orban und der Fidesz eine reaktionäre, nationalistische und undemokratische Umgestaltung des Landes mit einer rechten Ideologie als Staatsräson.

In dieser Situation darf es keine deutsche Europapolitik mit der Brechstange geben, so wie es die Bundeskanzlerin betreibt und es darf keine einseitigen und ideologisch motivierten Wirtschaftspolitiken geben, mit der unnötig die Krise verschärft werden. Europa braucht keine Spardiktate sondern eine schlüssige Strategie, um gemeinsam aus der Krise zu wachsen. Nur mit mehr Impulsen für Wachstum und Beschäftigung können die Krisenursachen bekämpft werden. Und die EuropäerInnen müssen einbezogen werden. Ansonsten verstärken sich die rechtspopulistischen Tendenzen. Das Euro-

Bernd Lange MdEP

päische Haus muss sozial gestaltet werden, sonst kann es schnell zerbrechen mit all den denkbaren Folgen eines renationalisierten Europas. Hier sind besonders die Sozialdemokraten gefordert.

Wir müssen uns mehr einmischen, wir müssen deutlich europäischer werden, wir müssen Europa mit Leben füllen und den ökonomischen und sozialen Fortschritt wieder in Einklang bringen.

Gute europapolitische Arbeit kann nur im gemeinsamen Handeln gelingen. Ich danke Euch ganz herzlich für Euren Einsatz und die sehr gute Zusammenarbeit und freue mich auf das weitere gemeinsame Anpacken.

Euer
Bernd Lange

Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover

Europaparlament

Bernd Lange

Deutscher Bundestag

Name (Wahlkreis)

Brinkmann, Bernhard (49, Hildesheim)
Bulmahn, Edelgard (43, Hannover-Stadt II)
Edathy, Sebastian
(41, Nienburg II, Schaumburg)
Lösekrug-Möller, Gabriele
(47, Hameln-Pyrmont, HOL)
Lühmann, Kirsten * (Celle, Uelzen)
Marks, Caren (44, Hannover-Land I)
Miersch, Dr. Matthias
(48, Hannover, Land II)
Oppermann, Thomas (54, Göttingen)
Priesmeier, Dr. Wilhelm
(53, Goslar, Northeim, Osterode)
Tack, Kerstin (42, Hannover-Stadt I)

* Landesliste (LL)

Niedersächsischer Landtag

Name (Wahlkreis)

Aller, Heinrich (LL, Platz 11; Barsinghausen)
Andretta, Dr. Gabriele (17, Göttingen-Stadt)
Bartling, Heiner (37, Schaumburg)
Brinkmann, Markus (LL, Platz 32; Alfeld)
Brunotte, Marco
(LL, Platz 26; Langenhagen)
Heiligenstadt, Frauke
(18, Northeim)
Jüttner, Wolfgang (26, Hannover-Linden)
Lesemann, Dr. Silke (LL, Platz 35; Laatzen)
Leuschner, Sigrid
(LL, Platz 9; Hannover-Döhren)
Meyer, Rolf (LL, Platz 38; Celle)
Politze, Stefan (27, Hannover-Ricklingen)
Rübke, Jutta (LL, Platz 14; Hildesheim)
Schminke, Ronald (16, Göttingen-Münden)
Schostok, Stefan (28, Hannover-Mitte)
Schröder-Ehlers, Andrea (LL, Platz 18;
Lüneburg)
Schwarz, Uwe (19, Einbeck)
Seeler, Silva (LL, Platz 7; Buchholz)
Somfleth, Brigitte (LL, Platz 39; Seevetal)
Tippelt, Sabine (LL, Platz 31; Holzminden)
Tonne, Grant Hendrik
(LL, Platz 28; Nienburg)
Watermann, Ulrich
(LL, Platz 23; Bad Pyrmont)

Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken

Unterbezirk Celle

Meyer, Rolf

Unterbezirk Diepholz

Schlegel, Astrid

Unterbezirk Göttingen

Oppermann, Thomas

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Lösekrug-Möller, Gabriele

Unterbezirk Region Hannover

Miersch, Dr. Matthias

Unterbezirk Landkreis Harburg

Feindt, Klaus-Dieter

Unterbezirk Hildesheim

Brinkmann, Bernhard

Unterbezirk Holzminden

König, Uwe (bis Mai 2011)

Tippelt, Sabine (seit Mai 2011)

Unterbezirk Lüneburg

Schröder-Ehlers, Andrea

Unterbezirk Nienburg

Tonne-Jork, Elke

Unterbezirk Northeim – Einbeck

Schwarz, Uwe

Unterbezirk Schaumburg

Becker, Karsten

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Dehde, Klaus-Peter

Mitgliederentwicklung 1999 bis 2010

Gliederung	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Celle	1.447	1.403	1.394	1.349	1.290	1.223	1.226	1.193	1.161	1.087	1.066	1.049
Diepholz	-3.47	-3.04	-0.64	-3.23	-4.37	-5.19	0.25	-2.69	-2.68	-6.37	-1.93	-1.59
Göttingen	1.627	1.618	1.593	1.518	1.434	1.342	1.313	1.291	1.244	1.172	1.143	1.110
	-1.51	-0.55	-1.55	-4.71	-5.53	-6.42	-2.16	-1.68	-3.64	-5.79	-2.47	-2.89
	3.192	3.143	3.133	3.026	2.856	2.689	2.650	2.640	2.570	2.504	2.514	2.453
	-4.46	-1.54	-0.32	-3.42	-5.62	-40.86	-1.45	-0.38	-2.65	-2.57	0.40	-2.43
Harneln-Pyrmont	2.718	2.682	2.626	2.495	2.344	2.177	2.093	2.064	1.972	1.858	1.807	1.746
	-4.90	-1.32	-2.09	-4.99	-6.05	-7.12	-3.86	-1.39	-4.46	-5.78	-2.74	-3.38
Hannover-Land*	8.192	8.068	7.982	7.768								
Hannover-Stadt*	-3.31	-1.51	-1.07	-2.68								
	5.617	5.539	5.373	5.227								
	-2.13	-1.39	-3.00	-2.72								
Region Hannover*	13.809	13.607	13.355	12.995	12.195	11.324	11.157	10.804	10.450	10.013	9.769	9.502
	-2.83	-1.46	-1.85	-2.70	-6.16	-7.14	-1.47	-3.16	-3.28	-4.18	-2.44	-2.73
LK Harburg	1.511	1.506	1.560	1.542	1.461	1.379	1.383	1.371	1.341	1.292	1.280	1.256
	-5.27	-0.33	3.59	-1.15	-5.25	-5.61	0.29	-0.87	-2.19	-3.65	-0.93	-1.88
Hildesheim	5.260	5.233	5.199	5.001	4.708	4.392	4.297	4.244	4.105	3.876	3.737	3.629
	-4.76	-0.51	-0.65	-3.81	-5.86	-6.71	-2.16	-1.23	-3.28	-5.58	-3.59	-2.89
Holzminden	2.013	1.997	1.989	1.926	1.807	1.694	1.641	1.576	1.472	1.385	1.332	1.291
	-6.15	-0.79	-0.40	-3.17	-6.18	-6.25	-3.13	-3.96	-6.60	-5.91	-3.83	-3.08
Lüneburg	1.436	1.436	1.428	1.369	1.306	1.243	1.260	1.270	1.248	1.213	1.215	1.241
	-0.35	0.00	-0.56	-4.13	-4.60	-4.82	1.37	0.79	-1.73	-2.80	0.16	2.41
Nienburg	1.326	1.316	1.330	1.284	1.224	1.149	1.115	1.114	1.083	1.034	1.001	955
	-3.91	-0.75	1.06	-3.46	-4.67	-6.13	-2.96	-0.09	-2.78	-4.52	-3.19	-4.60
Northeim	3.255	3.212	3.155	3.071	2.912	2.683	2.581	2.512	2.420	2.312	2.201	2.133
	-5.02	-1.32	-1.77	-2.66	-5.18	-7.86	-3.80	-2.67	-3.66	-4.46	-4.80	-3.09
Schaumburg	3.159	3.129	3.103	2.972	2.771	2.580	2.496	2.481	2.382	2.264	2.188	2.134
	-2.53	-0.95	-0.83	-4.22	-6.76	-6.89	-3.26	-0.60	-3.99	-4.95	-3.36	-2.47
Uelzen	1.346	1.322	1.319	1.272	1.149	1.149	1.109	1.100	1.058	1.018	972	957
	-4.06	-1.78	-0.23	-3.56	-5.11	-4.81	-3.48	-0.81	-3.82	-3.78	-4.52	-1.54
Bezirk Hannover	42.099	41.604	41.184	39.820	37.515	35.024	34.320	33.660	32.506	31.028	30.225	29.357
	-3.70	-1.18	-1.01	-3.31	-5.79	-6.64	-2.01	-1.92	-3.43	-4.55	-2.59	-2.87
	-1.617	-495	-420	-1.364	-2.305	-2.491	-704	-660	-1.154	-1.478	-803	-868

* = Die beiden Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land sind im Februar 2005 zum Unterbezirk Region Hannover fusioniert, werden hier aber statistisch bereits ab 2003 gemeinsam erfasst.

Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover

SPD-Unterbezirk Celle

Große Plan 27
29221 Celle
Postfach 14 63
29204 Celle
Tel.: 0 51 41 – 2 66 62
FAX: 0 51 41 – 21 48 81
Büroleiter: Mathias Frank
www.spd-celle.de
celle@spd.de

SPD-Unterbezirk Diepholz

Bremer Str. 25
27211 Bassum
Postfach 13 64
27203 Bassum
Tel.: 0 42 41 – 44 03
FAX: 0 42 41 – 53 16
Büroleiterin: Maren Pjede
www.spd-diepholz.de
diepholz@spd.de

SPD-Unterbezirk Göttingen

Nikolaistraße 30
37073 Göttingen
Tel.: 05 51 – 5 03 11 0
FAX: 05 51 – 5 03 11 22
Büroleiterin: Silvia Geserick-Drewes
www.spd-ub-goettingen.de
goettingen@spd.de

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
Tel.: 0 51 51 – 1 07 33 80
FAX: 0 51 51 – 1 07 33 94
Büroleiter: Peter Schulze
www.spd-hameln-pyrmont.de
hameln-pyrmont@spd.de

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Tel.: 05 11 – 1674 – 249
05 11 – 1674 – 240
FAX: 05 11 – 1674 – 267
05 11 – 1674 – 266
Büroleiter: Kolja Baxmann
Büro: Beate Hollstein, Britta Köhne,
Anja Wilhelmy
www.spd-region-hannover.de
region.hannover@spd.de

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Steinbecker Straße 24
21244 Buchholz
Tel.: 0 41 81 – 53 58
FAX: 0 41 81 – 3 19 58
Geschäftsführerin: Monika Strecker
www.spd-lkharburg.de
landkreis-harburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Hildesheim

Rathausstraße 13B
31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 – 3 46 30
FAX: 0 51 21 – 3 15 45
Büroleiterin: Birgit Abraham
Büro: Elisabeth Stellmach
www.spd-ub-hildesheim.de
hildesheim@spd.de

SPD-Unterbezirk Holzminden

Obere Straße 32
37603 Holzminden
Tel.: 0 55 31 – 50 39
FAX: 0 55 31 – 1 08 62
Büroleiterin: Birgit Hart
www.spd-ub-holzminden.de
holzminden@spd.de

Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg
Tel.: 0 41 31 – 3 31 18
FAX: 0 41 31 – 3 31 04
Büroleiterin: Anke Boye
www.spd-kreis-lueneburg.de
lueneburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Nienburg

Georgstraße 28
31582 Nienburg/Weser
Postfach 17 70
31567 Nienburg
Tel.: 0 50 21 – 37 38
FAX: 0 50 21 – 1 45 64
Büroleiterin: Christine Rinne
www.spd-landkreis-nienburg.de
nienburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Scharnhorstplatz 8
37154 Northeim
Tel.: 0 55 51 – 36 67
FAX: 0 55 51 – 6 69 41
Büroleiterin: Katja Oltmanns
www.spd-northeim-einbeck.de
northeim-einbeck@spd.de

SPD-Unterbezirk Schaumburg

Brennerstraße 8
31737 Rinteln
Tel.: 0 57 51 – 26 44
FAX: 0 57 51 – 4 45 51
Büroleiterin: Doris Bünthe
www.spd-schaumburg.de
schaumburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Lüneburger Straße 42
29525 Uelzen
Postfach 19 47
29509 Uelzen
Tel.: 05 81 – 52 81
FAX: 05 81 – 52 90
Büroleiter: Oliver Draber
www.spd-uelzen.de
www.spd-luechow-dannenberg.de
uelzen.luechow-dannenberg@spd.de

Historisches | Aus dem Jahresbericht 1947

Bericht über die Werbewoche 1947

In der Zeit vom 1. bis 9. November wurde im Unterbezirk Göttingen die Werbe-woche für die Partei durchgeführt. In Verbindung mit dieser Mitgliederwerbung wurde in allen Orten eine öffentliche Versammlung durchgeführt. Diese

Versammlungen wiesen überall einen guten Besuch auf und waren besonders deswegen von nachhaltiger Wirkung, weil wir nach der langen Ruhepause des Sommers als einzige Partei mit unserer Stellungnahme

zu den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen an die Öffentlichkeit traten.

Jedes Mitglied war bereits vorher durch einen gedruckten Aufruf von dieser Aktion unterrichtet und zur aktiven Mitarbeit aufgefordert. Wie es die Erfahrung gelehrt hat, hing auch das Gelingen dieser Werbewoche von dem Einsatz jeder Genossin und jedes Genossen ab. Es kam in jedem Falle darauf an, unsere Mitgliedschaft zu einer intensiven Kleinarbeit – **Hausagitation** – zu bewegen. Dort, wo in den Ortsvereinen eine planmäßig gelenkte Werbearbeit durchgeführt wurde, waren die Ergebnisse gut, zum Teil sogar hervorragend.

Nachstehend einige Zahlen über Aufwand und Erfolg:

In der Zeit vom 1. bis 9. November 1947 wurden **275 öffentliche Versammlungen** durchgeführt. Außer den unterbezirkseigenen Referenten haben uns die Genossen Rich. Borowski und Erik Nölting, Arno Henning, Alfred Kubel, Wilh. Schönleitner, Marta Henkel und Hans-Josef Mauschewsky durch Abhalten von Versammlungen unterstützt.

Gedruckt und ausgegeben wurde folgendes **Material**:

- 15.000 Aufrufe an alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei
- 100.000 Flugblätter an alle Haushaltungen
- 1.000 Werbep plakate

Das **Ergebnis der Werbung** war in den Kreisen nach den vorliegenden Berichten der Ortsvereine:

Kreis	Neuaufnahmen
Northeim	442
Osterode	259
Hann- Münden	158
Göttingen-Land	121
Einbeck	68
Duderstadt	55
Stadt Göttingen	39
Gesamt	1.142

Zu den besten Werbern gehören die Genossen:

Paul Laugwitz, Wibbecke, mit 24 Neuaufnahmen, Herm. Schulze jr., Höckelheim, mit 24 Neuaufnahmen, Rich. Klimaschewski, Offensen mit 22 Neuaufnahmen.



Quelle:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Göttingen, Jahresbericht 1947, Seite 12.

Telefonverzeichnis



Kurt-Schumacher-Haus
(05 11) 16 74 - Durchwahlnummer

SPD-Bezirk Hannover

Ltd. Geschäftsführer	Schell, Hansjörg	276
Gf Bereich Bildung/Personal	Schell, Hansjörg	214
Gf Bereich Service/Parteilben/Finanzen	Süsselbeck, Marga	219
Gf EDV-Beratung/Veranstaltungsmanagement	Kröpelin, Andreas	252
Buchhalter	Priebe, Walter	246
Druckerei	Bornemann, Manfred	230
Empfang/Werbemittel	Massing, Angelika	256
	Merkel, Heike	256
	Schmidt, Karin	256
	Zeimet, Ute	244
Mitarbeiterin Beitragsverwaltung	Mennecke, Gudrun	213
Mitarbeiterin Bildung	Welke, Kathrin	215
Mitarbeiterin Buchhaltung	Röchert, Marion	275
Mitarbeiterin Ltd. Geschäftsführer/Bezirksbüro	Welke, Kathrin	275
	Rinke, Christa	218
Mitarbeiterin Mitgliederverwaltung	Pohla, Monika	216
Mitarbeiterin Personal	Schnepel, Michaela	224
Mitarbeiterin Service/Parteilben/AG'en		264
Jusos		237
Fax Politische Bildung		
Faxgerät Bezirk	(05 11) 13 17 57 7	

Telefonverzeichnis

Europabüro und Abgeordnetenpool

MdEP Lange Persönlicher Referent	Hofmann, Henning	210
MdEP Lange Presse u. Öffentlichkeitsar.	Reich, Katrin	268
MdEP Lange Wissenschaftlicher Referent	Strauch, Andreas	265
MdEP Lange Faxgerät		262
Mitarbeiterin MdB Marks	Riedel, Kirsten	283
Mitarbeiterin MdB Miersch	Hellemann, Heidrun	303
	Meyer-Grosu, Frauke	302
Landtagsabgeordneter	Aller, Heinrich	301
Mitarbeiter MdL Aller	Schmidt, Maximilian	242
Mitarbeiter MdL Brunotte	Bohr, Inga	340
Mitarbeiter MdL Lesemann	Sandmann, Stefan	342
Mitarbeiter MdL Politze	Lagershausen, Knud	341
Mitarbeiter MdL Schostok	Herar, Yasin	295
Faxgerät Abgeordnetenpool		343

SPD-Landesverband Niedersachsen

Landesgeschäftsführer	Rüter, Michael	200
Bildung (Stv. Landesgeschäftsführer)	Schell, Hansjörg	214
Sponsoring/Bildung (Stv. Landesgeschäftsführer)	Mühe, Karl-Heinz	(05 31) 48 09 82 7
Gf (Kommunalpolitik / Zielgruppenarbeit)	Hein, Remmer	221
Gf (Organisation / Kampagnen / Gremien)	Heinze, Sören	220
Gf (Neue Medien / Redaktionssystem)	Matterne, Christoph	234
Foren (Seniorberater)	Strang, Rainer	231
Zielgruppen	Taube, Volker	(05 31) 48 09 81 2
Öffentlichkeitsarbeit/Presse	Schumacher, Sebastian	222
Mitarbeiterin	Böger, Diana	212
Mitarbeiterin	Mennecke, Gudrun	213
Mitarbeiter	Rohde, Dennis	(0 44 71) 41 28
Mitarbeiterin	Müller, Renate	(0 41 41) 95 27 20
Jusos		287
Faxgerät Landesverband Niedersachsen		42 11
SGK Niedersachsen	Pühl, Dr. Manfred	261

SPD in der Region Hannover

Büroleiter	Baxmann, Kolja	257
Mitarbeiterin/Buchhaltung	Hollstein, Beate	247
Mitarbeiterin	Wilhelmy, Anja	249
Mitarbeiterin	Köhne, Britta	240
Jusos		235
Faxgerät Region Hannover		266

Sonstiges

Gaststätte Kurt S.		273
Sitzungsraum Bezirk		238
Sitzungsraum Erdgeschoss		248
Verwaltungsgesellschaft	Toth, Sándor	253

Namensverzeichnis

A

Abraham, Birgit	49
Adam, Nadine	35
Albers, Michael	14
Albrecht-Engel, Ines	35
Aller, Heinrich	14, 46, 53
Altmann, Anja	15
Andres, Gerd	34
Andretta, Gabriele	46

B

Bartling, Heiner	46
Baxmann, Kolja	49, 53
Becker, Karsten	15, 47
Beckord, Heike	14
Behbehani, Helmi	35
Böger, Diana	53
Bohr, Inga	35, 53
Bonin, Heinrich	15
Bornemann, Manfred	52
Bösselmann, Frank	15
Boye, Anke	50
Brandenburger, Maren	12
Brand, Marina	15
Brinkmann, Bernhard	46, 47
Brinkmann, Markus	11, 34, 46
Brunkhorst, Daniel	12, 38, 39
Brunotte, Marco	14, 46
Bugla, Ludger	14
Bulmahn, Edelgard	7, 11, 46
Bünthe, Doris	50

D

Dehde, Klaus-Peter	15, 47
Deister, Michael	34
Diebel-Geries, Bärbel	14
Diener-Wohner, Claudia	14
Dietze, Jürgen	17
Draber, Oliver	50
Drabke, Wilhelm	11
Drebold, Lars	39
Duin, Garrelt	8
Dzembitzki, Detlef	40

E

Edathy, Sebastian	46
Engelskirchen, David	12

F

Fahncke, Barbara	14
Feindt, Klaus-Dieter	15, 16, ,29 47
Finke, Karl	12, 42
Fischer, Andreas	14
Flitta, H. Joachim	11
Franke, Brigitta	35
Franke, Dr. Michael	31
Frank, Mathias	49
Franz, Ulf-Birger	11, 14
Freese, Christel	35
Freter, Wolfgang	12
Friedemann, Waltraud	11, 35
Friedrichs, Heidi	16, 29
Friedrichs-Seidel, Miriam	11

Namensverzeichnis

G

Gabriel, Sigmar	8
Gaedecke, Andrea	35
Geserick-Drewes, Silvia	49
Gierke, Sonja	15
Gintner, Grazyna	35
Griefahn, Monika	8
Grossmann, Isa Marie	12
Gründel, Achim	15
Curzan, Olaf	14

H

Hammer, Ulrich	11, 31, 33
Hanauske, Heidi	15
Harms, Thomas	12, 41
Hart, Birgit	49
Hartmann, Fritz	39
Hartwig, Lars	14
Haunhorst, Horst	40
Haut, Regina	11, 35
Heiligenstadt, Frauke	8, 11, 46
Hein, Remmer	53
Heinze, Sören	53
Heinze, Thorsten	31
Heitkämper, Wolfgang	31
Held, Jürgen	39
Hellemann, Heidrun	53
Herar, Yasin	53
Herbeck, Sebastian	14
Hexel, Dietmar	8
Hintze, Lutz	38
Hofmann, Henning	53
Hojnatzki, Rolf	12, 15, 16, 29
Hollstein, Beate	49, 53

Hufschmidt-Bergmann, Katja	35
Husmann, Udo	11

J

Jagau, Hauke	8, 11
Jüttner, Wolfgang	7, 8, 11, 12, 46

K

Kessler, Wolfgang	40
Keune, Hannes	39
Kiesewetter, Horst	31
Kirci, Alptekin	16
Klecha, Stephan	11
Klingner, Franziska	39
Köhne, Britta	49, 53
König, Uwe	11, 47
Kraus, Brigitte	15
Kröpelin, Andreas	12, 52
Kuntscher, Leonard	39
Kutzer, Wolf	11, 23, 28

L

Lagershausen, Knud	53
Lages, Friedel	14
Lange, Bernd	11, 12, 14, 34, 42
Le Butt, Philipp	14
Lenz, Günter	34
Lesemann, Silke	11, 14, 46
Leuschner, Sigrid	11, 13, 46
Lies, Olaf	8, 41
Lösekrug-Möller, Gabriele	8, 11, 12, 40, 41, 46, 47
Löser, Jessica	14
Lotze, Hiltrud	15

Namensverzeichnis

Lühmann, Kirsten	14, 46	Oppermann, Thomas	46, 47
Lühmann, Rebecca	38	Osman, Jasmin	38

M

Manemann, Jürgen	40
Mann, Erika	31
Marks, Caren	11, 46
Martens, Kirsten	35
Massing, Angelika	52
Matterne, Christoph	12, 53
Meier, Sylvia	11
Meinhold, Walter	8, 11
Mennecke, Gudrun	52, 53
Merkel, Birgit	14
Merkel, Heike	52
Meyer-Bergmann, Kurt	14
Meyer-Grosu, Frauke	53
Meyer, Rolf	14, 46, 47
Miersch, Dr. Matthias	47
Miersch, Matthias	8, 11, 46
Minthe, Hildegard	40
Mischke, Gaby	15
Moldenhauer, Luzia	14, 35
Mönkemeyer, Friedrich	14
Mühe, Karl-Heinz	53
Müller, Renate	53
Müntefering, Franz	7

N

Nicholls, Robert	11
------------------	----

O

Oetzmann, Dorothee	31
Oltmanns, Katja	50

P

Pieper, Matthias	39
Pjede, Maren	49
Plaue, Axel	11
Pohla, Monika	52
Politze, Stefan	46
Priebe, Walter	28, 52
Priesmeier, Wilhelm	46
Prinz, Thomas	31
Probst, Reinhild	14
Prüfer, Horst	15
Pühl, Manfred	53
Putzier, Jan Henner	15

R

Rakowski, Andreas	11
Rehse, Albert	14
Reich, Katrin	53
Riedel-Elsner, Andrea	35
Riedel, Kirsten	53
Riethig, Marcel	14
Rinke, Christa	52
Rinne, Christine	11, 50
Röchert, Marion	52
Rohde, Dennis	53
Rübke, Jutta	46
Rüter, Michael	11, 14, 53

Namensverzeichnis

S

Sandmann, Stefan	53
Schell, Hansjörg	10, 11, 19, 23, 52, 53
Scheppelmann, Anneliese	15
Schlegel, Astrid	8, 11, 35, 47
Schlinsog, Adrian	15
Schlote, Dr. Stephan	31
Schmidt, Grit	16
Schmidt, Karin	52
Schmidt, Maximilian	11, 12, 14, 53
Schminke, Ronald	34, 46
Schneider, Nikolaus	41
Schnepel, Michaela	52
Scholz, Olaf	7
Schoner, Katja	14
Schostok, Stefan	6, 7, 8, 11, 34, 41, 46
Schröder-Ehlers, Andrea	8, 11, 46, 47
Schulze, Peter	11, 49
Schumacher, Sebastian	53
Schwarz, Uwe	8, 11, 13, 41, 46, 47
Seeler, Silva	46
Seiberl, Cornelia	39
Siggelkow, Jörg	53
Somfleth, Brigitte	46
Steinberg, Sören	14
Steinmeier, Frank-Walter	33
Stellmach, Elisabeth	49
Stenzel, Horst	12, 37
Strang, Rainer	53
Straßburger, Frank	38
Strauch, Andreas	53
Strecker, Monika	16, 49
Surup, Gudrun	14
Süsselbeck, Marga	12, 23, 52

T

Tack, Kerstin	46
Taube, Volker	53
Taus, Margitta	15
Tegtmeier, Ralph	15
Thiele, Ulrike	14
Thoms, Sören	12, 53
Tippelt, Sabine	14, 46, 47
Tölle, Hartmut	12, 34
Tonne, Grant Hendrik	46
Tonne-Jork, Elke	11, 12, 47

V

van der Zanden, Lisa	38, 39
Völker, Meike	15
von Pogrell, Annette	11, 35

W

Wasmann, Oliver	31
Watermann, Ulrich	8, 11, 13, 46
Weiß, Thomas	11
Welke, Kathrin	52
Wernstedt, Rolf	7, 40
Westermann, Matthias	15
Wilhelmy, Anja	49, 53
Wüst-Buri, Christine	15

Y

Yilmaz, Ahmet	16
---------------	----

Z

Zeimet, Ute	52
-------------	----